Westfälischer Merkur.

MÜNSTER. Expedition: Principalmarkt No. 4. Diese Zeitung erscheint 6 Mal die Woche, Sonntags mit einem Unterhaltungsblatt als Zugabe. **Abonnements-Preis:** in Münster 2 Thlr. 10 Sgr., im ganzen Preuss. Staate portofrei 3 Thlr. 15 Sgr. halbjährlich. (Bei Beginn der 2. Hälfte jedes Semesters kann noch vierteljährlich abonnirt werden.)

KÖN. PR. PROV. WESTFALEN

Insertionsgebühr: 10 Pfennige die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum. Anzeigen unter drei Zeilen kosten 2½ Sgr. (Inserate müssen gleichzeitig dem hiesigen Intelligenzblatte inserirt werden und sind deshalb doppelt oder vom Königlichen Intelligenz-Comptoir gestempelt einzureichen.)

Freitag, **Nro. 162.** den 7. Juli 1848.

☞ Mit Nr. 161 sind Bogen 45, 46 und 47 der Frankfurter Verhandlungen ausgegeben, welche den geehrten Abonnenten zugekommen seyn werden.

Uebersicht.

Kirche und Staat. Erster Artikel.

Deutschland. Münster. (Die Wahl des Erzherzogs Johann und das Verhalten der Linken derselben gegenüber.) — Aus Westfalen. (Ueber die Trennung der Kirche von dem Staate.) — Lippstadt. (Adresse an die deutsche Nationalversammlung.) — Berlin. (Die Jagdgerechtigkeit in Schlesien; Petitionssturm; loyale Demonstration im Theater; die Haltung Preußens dem neuen Reichsverweser gegenüber; das Ministerium des königl. Hauses aufgehoben; Rücktritt des Cultusministers; ein weiterer Ministerwechsel in Aussicht; der Ausschuß zur Verhandlung mit den Provinzen; Adresse aus Bunglau; Dotirung im Ministerium wegen der Geschworenen; Allerhöchste Ordre an den Kriegsminister.) — Köln. (Berichtigung, den Kaplan v. Berg betreffend; die Arbeiter-Zeitung; militairische Beobachtungsmaßregeln; der constitutionelle Congreß in Dortmund.) — Aachen. (Deputirte für den Minister Camphausen.) — Coblenz. (Der Erzbischof von Köln; Hr. Eichmann; Minister Klottwell.) — Trier. — Vom Neckar. (Ultra-demokratische Wahlreden.) — Frankfurt. (30. und 31. Sitzung der Nationalversammlung.) — Aus Dresden. (Kammer-Verhandlungen.) — Kassel. (Volksversammlung und Dankadresse; Ruhestörungen.) — Nürnberg. (Feldmarschall in Nürnberg und Fürth bei der Durchreise der Reichsverweserin; Deputation nach Wien.) — Kiel. — Schleswig. (Nachrichten vom Kriegsschauplatze.) — Wien. (Manifester Wortbruch; die Friedensunterhandlungen mit Italien abgebrochen.) — Prag. (Klägliches Resultat der Wahlen zum Reichstage.)

Frankreich. Paris. (Sitzung der Nationalversammlung; Decret wegen Auflösung der Nationalwerkstätten; wichtige Verfügungen der Unterstellung wegen des Tuskhandes; Programm für die Leichenfeier der Gefallenen; Vermischtes.)

Italien. Innsbruck. (Nachrichten vom Kriegsschauplatz.) — Triest. (Die feindliche Flotte verschwunden.) — Aus Oberitalien. (Opposition in Turin gegen die Vereinigung mit der Lombardei.)

Ungarn. Pesth. (Weitere Fortschritte der Insurgenten.)

Nordamerika. (Ungünstige Handelsconjunkturen; das Heer kehrt aus Mexico zurück.)

Kirche und Staat.

(Erster Artikel.)

Staat und Kirche sind die beiden Gewalten, welche das Leben und Wirken der Völker, wie der Einzelnen vorzugsweise bestimmen und zu den wichtigsten, in das Wohl und Wehe derselben am Tiefsten eingreifenden Fragen gehört daher unstreitig die Frage, in welchem Verhältnisse Kirche und Staat zu einander stehen, wie sich ihre Thätigkeiten berühren und scheiden. So oft diese Frage auch ihre Lösung schon gefunden, so sehr verdient sie doch immer wieder aufs Neue der Betrachtung und Erörterung unterbreitet zu werden, und zwar verdient sie dieses um so mehr in der Gegenwart, wo die praktischen Lösungsversuche überall niederbricht werden und eine neue Ordnung überall sich vorbereiten will. Achten wir zunächst auf die in dieser Beziehung in unserem Vaterlande (Preußen) herrschenden Stimmungen, so ist völlige Trennung der Kirche vom Staate das Feldgeschrei, welches gegenwärtig überall ertönt, und zwar nicht bloß in den radikalen Lagern, sondern selbst auch katholische Stimmen lassen sich in diesem Sinne überall in Adressen und Flugblättern vernehmen; das sehr orthodoxe Protestantenblatt macht eine Ausnahme, er verlangt nicht nur nicht eine Auflösung des bis dahin bestandenen Verhältnisses, sondern er wünscht vielmehr, daß das Band noch inniger und enger geschlungen werden möge, in dem allerdings richtigen Vorgefühle, daß, da ihm die Zerrissenheit, die Auflösung und Trennung prinzipiell eingeboren, mit der Auflösung jenes Bandes es sofort auch um seine Existenz geschehen seyn würde; er will als protestantisch-preußische Staatskirche sein Dasein sich fristen. Gegen eine solche protestantisch-preußische Staatskirche protestiren nun aber mit Recht die Katholiken Preußens, und eben diesen protestantischen Prätensionen ist es wohl zuzuschreiben, daß katholischer Seits überall auf eine völlige Trennung der Kirche und des Staates mit Entschiedenheit gedrungen wird. An und für sich haben die Katholiken Preußens allerdings nichts dagegen, daß ihr Regent zum evangelischen Glauben sich bekennt und als solcher der Schirmvogt und das Haupt der evangelischen Kirche ist; sie gönnen ihr von Herzen dieses schutzherrliche Verhältnis und sie sind an und für sich weit davon entfernt, dasselbe irgendwie anfeinden; aber sie protestiren gegen eine damit gemeinte Identificirung des Preußischen Staats mit dem Protestantismus, sowie gegen die übrigen Konsequenzen, welche daraus zum Nachtheile der katholischen Kirche gezogen werden können und, wie eine traurige Erfahrung bezeugt, nicht selten wirklich gezogen wurden. Auch sie verlangen, daß der Staat ihrer Kirche seinen Rechtsschutz in vollem Maße angedeihen lasse und ganz dieselben materiellen Vortheile gewähre, worauf sie auch an sich die gerechtesten Ansprüche hat, daß er ihr inhabendes sowohl als auch ihr als geringer Ersatz für den abhanden gekommenen Reichthum feierlichst zugesichert ist, und zwar bringen sie auf die Erfüllung dieser Forderung, ohne dafür dem Staate der Kirche gegenüber andere Rechte einzuräumen, als welche ihm als dem Träger des Rechts an sich jedem Einzelnen, wie jeder Korporation gegenüber zustehen, und ohne ihm dafür ihren Dank in anderer Weise zu entrichten als einzig dadurch, daß sie ihm treue Unterthanen ersteht, welche da nicht bloß auf Furcht und Zwang, sondern um des Gewissens willen seine Gesetze erfüllen; sie weisen aber jeden Regierungs- und Verwaltungseinfluß, jeden Einfluß auf Lehre, Disciplin und Cult, sowie auf alles damit in Verbindung Stehende mit aller Entschiedenheit zurück und in sofern bringen sie auf eine völlige Trennung der Kirche vom Staate und zwar nicht blos für ihre Kirche, sondern auch für die Protestantische Kirche. Eine bureaukratische Bevormundung, wie sie Protestantische Kirche sie sich gefallen läßt, steht mit den Prinzipien und Institutionen der katholischen Kirche in geradem Widerspruche, und in solchen daher bureaukratische Gelüste, wenn es sich in Beziehung auf die protestantische Kirche frei ergehen kann, nach aller Erfahrung scheuerlich bis dahin sich mäßigen und beherrschen wird, daß es nicht auch auf das katholische Gebiet in ungehörtlicher Weise hinübergreifen und hier seine Bestrebungen setzen sollte, in sofern nämlichen und verlangen sie dringendst, daß der Staat auch auf seine Schutzherrlichkeit über die protestantische Kirche verzichte und demnach den sämmtlichen anerkannten Confessionen gegenüber schlechthin den allgemeinen Rechtsstandpunkt einnehme. Die Macht der Wahrheit ist es in einzig, worauf eine religiöse Gemeinschaft sich stützen soll; eine Kirche, welche zu ihrer Existenz anderer Stützen bedarf, widerspricht ihrer Idee, und sie verfällt mit Recht ihrem Geschicke, wie dieses der Frankfurter Deputirte Droysen auf Kiel (ein Protestant) in der vorberathenden Versammlung dem Professor Waitz aus Göttingen auf dessen Bemerkung, daß die Auflösung des bis dahin bestehenden schutzherrlichen Verhältnisses der Untergang der protestantischen Kirche seyn würde, in einer derberen Weise entgegnete. Daß nun übrigens mit dieser Trennung von Kirche und Staat nicht nothwendig eine völlige Auflösung aller bestehenden geschichtlichen Verhältnisse und insbesondere nicht eine absolute Zielrung und Scheidung beider gemeint sey und gemeint seyn könne, versteht sich ganz von selbst, und man begreift in der That nicht, wie bisher manche Katholiken insbesondere die Besorgniß aussprechen können, die Kirche getrenne vom Staate werde ganz schuplos dastehen und allen Unbilden wehrlos preisgegeben seyn, als wenn nicht die Glieder der Kirche auch Mitglieder des Staates wären und als wenn nicht die Staatsgewalt strenge verpflichtet wäre, das Recht im Interesse aller seiner Glieder zu vertreten und die Beachtung desselben mit Gewalt zu erzwingen. Mit jener Trennung der Kirche vom Staate soll daher vorzugsweise nur dieses aufgesprochen und nachdrücklich eingeschärft werden, daß beide durch die Besonderheit ihrer Zwecke, sowie durch die Besonderheit der Mittel, welche sie für die Erreichung derselben verwenden, sich innerlich und durchaus qualitativ von einander unterscheiden und daß in dieser Beziehung die Kreise ihres Wirkens streng auseinander zu halten und scharf zu trennen sind, und in eben diesem Sinne muß Jeder, der es auf diesem Gebiete einigermaßen zu einer Klarheit des Gedankens gebracht hat, für eine Trennung der Kirche vom Staate sich unbedingt erklären und ihre absolute Nothwendigkeit behaupten.

Deutschland.

★ **Münster**, 5. Juli. Sehr allgemein ist ohne Zweifel die Anerkennung, welche die Wahl des Erzherzogs Johann zum deutschen Reichsverweser gefunden hat; denn sowohl der biedere Character als die hohe wissenschaftliche Bildung dieses Fürsten, in Verbindung mit einem Leben voll der wichtigsten Erfahrungen berechtigen zu den besten Erwartungen. Auffallend aber ist das Benehmen der äußersten Linken der Nationalversammlung in Frankfurt bei der Wahl. Einmal sind 25 Stimmen ganz aufgefallen, theilweise aus dem Grunde, weil der Reichsverweser unverantwortlich seyn soll. Indessen sind ja seine Minister verantwortlich, und es fällt keinem Engländer bei, sich darum für gefährdet zu halten, weil nur die Minister, nicht die Königin Victoria in Anklagestand versetzt werden können. Dann sind 32 Stimmen für Ihsteln abgegeben worden; derselbe ist durchaus ein Parteiführer im Badenschen, und wie man auch ihn vertheidigen möge, so war doch vernünftigerweise nicht anzunehmen, daß ein solcher Mann jemals diejenige Popularität finden werde, worauf es in der hohen Stellung eines Reichsverwesers vornehmlich ankommt. Endlich haben nicht weniger als 95 Mitglieder der National-Versammlung, als Glieder der Linken, überhaupt gegen Einrichtung der Centralgewalt gestimmt, und einer von ihnen, der Abg. Kapp von Neuenheim bei Heidelberg, hat sogar aus Verdruß seine Entlassung eingegeben, weil, wie er in seinem Schreiben vom 28. Juni sich ausdrückt, die National-Versammlung zur Antichambre des Reichsverwesers degradirt, und die Macht und Rechtsvollkommenheit des Volks verdahmannt werde. Unserseits vermögen wir uns aber nicht genug darüber zu wundern, daß diese Männer der äußersten linken den Beschlüssen der Majorität sich nicht vorzugsweise auf das willigste fügen, weil ganz vornehmlich sie bei andern Gelegenheiten sich immer auf die Majoritäten zu berufen pflegen, und wie ein Axiom das Wort gern im Munde führen: des Volkes Stimme ist Gottes Stimme! Zuverlässig hätten die 436 Mitglieder, welche zur Wahl des eben Erzherzogs sich vereinigt haben, für Ihsteln gestimmt, und hätten dann die übrigen Mitglieder dagegen protestiren wollen, man würde nicht genug Worte gefunden haben, um sie herabzusetzen als reactionaire, die Souveränität des Volkes verleugnende Menschen, welche sich zur Höhe der jetzigen Zeit nicht zu erheben vermöchten und welche, wie Blum vorlängst den Fürsten im Fall des Widerspruches androhete, das souveraine Volk in seinem Grimm zermalmen werde. Aber so sind unsere Ultra-Liberalen, und so gilt ihnen auch der Ausspruch der Majorität nur so lange, als er ihre Willensmeinung vertritt; es ist ihnen durchaus nicht recht zu machen, als durch eine blinde Unterwerfung, also durch Anerkennung ihrer absoluten Herrschaft, wie verschrieen auch übrigens das Wort absolut im politischen Sinne seyn möge. In Ermangelung besserer Gründe sucht man nun geltend zu machen, daß die National-Versammlung in Frankfurt nicht aus direkten Volkswahlen hervorgegangen sey, und daher auch die eigentliche Volksstimmung nicht wiedergeben könne. Vermuthlich aber wird unsern Ultra-Liberalen das Benehmen der Pariser National-Versammlung, welche das Martial-Gesetz proklamirt, den Aufstand der Arbeiter gewaltsam unterdrückt, und alle Gräuel bis auf Weiteres aufgehoben hat, noch weniger genehm seyn, obwohl die französische National-Versammlung unstreitig aus direkten Wahlen hervorgegangen ist. Aus anlangend, und die Erfahrungen der jüngsten Zeit in Paris und in Berlin mit einander in Vergleichung stellend, die Thatkraft der ausländischen mit der Kraftlosigkeit der inländischen National-Versammlung, gestehen wir freimüthig ein, daß wir im Punkt der direkten Wahlen und mehr zu der äußersten Linken hingezogen fühlen als ehemals. Nicht aus Sympathie für deren wühlerische Bestrebungen, sondern vielmehr, weil es wirklich scheint, daß die direkten Wahlen ein besseres Resultat gewähren als die indirekten. Unsere National-Versammlung in Berlin ist aus den indirekten Wahlen hervorgegangen, und doch hat sich das liberale Ministerium Camphausen nicht zu behaupten vermocht; dagegen ist die französische National-Versammlung das Ergebniß direkter Wahlen, und — Ordnung ist dennoch die gemäßigte Partei die weit überwiegende gewesen. Möglich daher auch, daß unsere Ultra-Liberalen das System der direkten Wahlen noch einmal verwerfen, und angeblich für indirekte petitioniren werden. Warum aber direkte Wahlen dem Ultra-Liberalismus in Frankreich und wahrscheinlich aller Orten, weniger günstiger sind, das ist in der That eine Frage, deren Beantwortung nicht auf der Oberfläche zu gewinnen ist, und werden wir gelegentlich darauf zurückkommen.

X **Aus Westfalen**, 2. Juli. Der von dem Verfassungs-Ausschusse der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt veröffentlichte Entwurf der Grundrechte des deutschen Volkes, hat die von vielen Seiten gewünschte Trennung der Kirche von dem Staate nicht ausgesprochen. Zwar gibt Artikel III des Entwurfs Glauben und Gewissen, öffentliche und häusliche Religionsübung und Bildung neuer Religionsgesellschaften ohne staatliche Anerkennung frei, macht den Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte vom religiösen Bekenntniß nicht abhängig und knüpft endlich die bürgerliche Gültigkeit der Ehe nur an die Vollziehung des Civil-Acts; — allein als durchgreifendes Prinzip hat

der Entwurf die völlige Unabhängigkeit und Trennung der Kirche vom Staate nicht anerkannt. — In den zu dem Entwurfe mitgetheilten Motiven wird der von der Majorität des Ausschusses gefaßte Beschluß durch Gründe zu rechtfertigen versucht, mit denen wir uns nicht einverstanden erklären können. — Zuvörderst müssen wir der geäußerten Besorgniß, ob es durch das Eingehen auf die politisch confessionellen Fragen die Wiederherstellung Deutschlands vereitelt werden könnte, entschieden entgegen treten. — Ein Blick in die Geschichte belehrt uns, daß die Ruhe der Kirchenordnung so häufig vom Staate aufgezwungene Bevormundung oder Bevormundung der einen Confession vor der andern die unverzeihliche Quelle zu Zwistigkeiten und ein Haupthinderniß gegen die ersehnte Einigung und Kräftigung Deutschlands abgegeben hat. — Wenn es sich nun darum handelt, der Willkühr-Herrschaft des Staates ein Ziel und an deren Stelle Freiheit und Unabhängigkeit jeder Kirche zu setzen, so können wir darin keine Gefahr für den confessionellen Frieden erblicken, sind vielmehr von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Mehrzahl aller Confessionsverwandten sich in diesem Streben vereinigen wird. — Von den Mitgliedern der katholischen Kirche ist der Wunsch nach staatlicher Unabhängigkeit bereits so allgemein und unzweideutig geäußert worden, daß es hierüber keines Beweises bedarf. — Aber auch von Mitgliedern der evangelischen Kirche scheint dieser Wunsch getheilt zu werden, da innerhalb derselben sich so viele freie Gemeinden bilden und laut der Ruf nach Emancipation von der Staatsgewalt erhoben wird. — Eine Benachtheiligung der Interessen dieser Kirche dürfte schwerlich in deren Trennung vom Staate liegen, im Gegentheil dieselbe innere Kraft und Lebensfähigkeit genug besitzen, um sich, auch ohne die vom Budschusse bisher geübte Betheiligung des Staates, gedeihig entwickeln zu können. — Was endlich den Staat betrifft, so halten wir eine Sicherstellung desselben gegen Uebergriffe der Kirche am wenigsten für erforderlich. — Verbindungs Punkte wird es freilich zwischen Staat und Kirche immerdin geben; — haben Beide indessen mal gegenseitig ihr Recht Gehör gefunden und achten gelernt, so werden Uebergriffe des Staates oder der Kirche als solcher nicht, sondern nur einzelner Personen vorkommen können, gegen welche die Gesetze denn hinreichenden Schutz gewähren. — Der Verfassungs-Ausschuß hat selbst theilweise die Unhaltbarkeit der bisherigen Zustände eingesehen und in den Artikel III. einzelne Bestimmungen, wie namentlich Einführung der Civil-Ehe, aufgenommen, welche, um mit den Worten des Majoritäts-Gutachtens zu reden, die wichtigsten Consequenzen des allgemeinen Princips enthalten. — Man hätte daher billig erwarten dürfen, daß der Ausschuß noch einen Schritt weiter gehen und völlige Unabhängigkeit der Kirche vom Staate an die Spitze stellen würde. — Da diese Erwartung getäuscht und volle Maßregeln eher schädlich als nützlich sind, so gilt es jetzt, vor der nahe bevorstehenden Berathung der betreffenden Gesetz Artikel in der National-Versammlung, mittelst der Presse oder auf anderem geeigneten Wege auf Beseitigung der irrigen Ansichten hinzuwirken und dem Grundsatze der staatlichen Unabhängigkeit der Kirche die gebührende Anerkennung zu verschaffen.

△ Schreiben aus Lippstadt. Von vielen Einwohnern des Kreises Lippstadt ist heute folgende Adresse an die National-Versammlung zu Frankfurt abgeschickt:

„Hohe Versammlung! Das Haus des freien Bürgers ist ein unverletzbares Heiligthum. Hier schaltet er frei und sicher; er ist ein nach Gesetzen. Er will es sich auch bleiben. Und der älteste Haustand auf Erden, die katholische Kirche, soll dieser Freiheit einzig entbehren! Sie soll allein der Oberaufsicht des Staates und seiner Bevormundschaft unterworfen sein! Sie verliert ein Ausfluß der hohen Versammlung. Wir fürchten nicht, daß die hohe Versammlung diesen Beschluß jemals zu dem ihrigen machen werde; einer solchen Gedankenlosigkeit — wir wollen nicht sagen einer solchen Frevels am Volksthum der ersten Freiheit, — halten wir noch einer hohe Versammlung nicht fähig. Wir glauben aber nicht schweigen zu dürfen, und erheben unsere Stimme mit denen aller Katholiken Deutschlands und verlangen vor Allem: „Volle Unabhängigkeit der Kirche und jeden religiösen Vereins vom Staate mit allen Rechten einer Corporation." Wir glauben sogar, damit die etwa proklamirte Unabhängigkeit der Kirche vom Staate nicht leerer Schall bleibe, sondern Wahrheit werde, vor der hohen Versammlung den Antrag stellen zu müssen: „mit dem sie zu Gebote stehenden Einflusse auf die einzelnen Regierungen unsers deutschen Vaterlandes dahin wirken zu wollen, daß die Kirche das ihr lange vorenthaltene Recht auf Besitzung ihrer Stiftungen in Grundeigenthum aus triftigen Gründen, welches sie namentlich in Preußen für der „Publikation der Bulle „de salute animarum" besitzt, endlich gewährt werde." Gerechtigkeit verlangen wir für die Kirche und Gerechtigkeit und nur Gerechtigkeit! weil sie die Basis des geordneten und freien Staatslebens ist.

Kreis Lippstadt, den 25. Juni 1848.

Berlin, 3. Juli. Aus Schlesien erfahren wir, daß die Nachricht von der bevorstehenden Aufhebung der Jagdgerechtigkeit zu der mißbräuchlichsten Ausübung dieser Gerechtsame geführt habe. Es sollen die Berechtigten so maßlos in der Vertilgung des Wildes, namentlich der Hasche, zu Werke gehen, daß die Aufhebung thatsächlich erfolgt sein wird, noch ehe sie die Besetzgebung ausgesprochen hat. (In den Breslauer Blättern findet man das Pfund Hasenfleisch zu 1½ Sgr. angekündigt.) — Eine fernere Nachweisung der bei der National-versammlung eingegangenen Wirthschaften ergiebt, daß deren Zahl jetzt 3,665 beträgt. Der eingereichten Anträge sind 389. — Nachdem der Bericht der Abtheilungs-Commissionen abgelehnt gegen den Wunsch des Ministers Hansemann ausgefallen ist, wird das Ministerium, nach dem Antrage des Berichts, sich damit einverstanden erklären, die ganze Adresse fallen zu lassen, um so mehr, als der Schritt des Herrn Hansemann nicht auf einem Beschlusse des Staats-Ministeriums beruht, sondern aus der eigenen Ansicht des Herrn Finanzministers hervorging. — Bei der vorgestrigen Vorstellung von Spohrs „Jessenda" im hiesigen Königl. Opernhause erhoben sich die Anwesenden bei der Stelle Tristan's: „Wir Beide für meinen König ꝛc." fast sämmtlich, von Allen bezeichnende Stelle mit einem 6 bis 8 Mal wiederholten donnernden Hoch! zu begrüßen. Die Capelle begleitete diese Manifestation der Gesinnung mit einer eben so kräftigen Fanfare.

Berlin, 3. Juli. Die Ungewißheit über die Art, wie das Preuß. Gouvernement die Ernennung des Erzherzogs von Oestreich zum Reichsverweser aufnehmen würde, ist in heller Weise beseitigt worden. Bereits ist ein Feldjäger als Courier nach Wien von hier abgegangen, der dem Erzherzog die officielle Beglückwünschung überbringt. Außerdem liegt es in der Absicht der Regierung, der Nationalversammlung nächstens Vorschläge zu machen, wie eine officielle Feier der Ernennung eines Reichsverwesers anzuordnen wäre. Wir können uns auf richtig, so den ersten Schritt zur Einheit Deutschlands von dem nächtigsten Deutschen Bundesstaate aufgenommen zu sehen und gehen und der Hoffnung hin, daß Deutschland nicht verkennen wird, wie von Preußischer Seite Entschiedenes in dem Kriege mit Dänemark für die Deutsche Sache geschehen ist. Trotz dem herrschenden Geldmangel hat Preußen seinen Anstand genommen, einen kostspieligen Feldzug zu unternehmen; mag ihm künftig Dank statt der Schmähungen zu Theil werden, wir welchen das süd-westliche Deutschland gegen und so verschwenderisch gewalten ist! Eine andere Frage ist es allerdings, ob der Erzherzog die ihm angebotene Würde annehmen wird; vom Kaiser nach Wien als Alter Ego gesendet, findet er daselbst genug zu thun, das ein friedliches und kräftiges Leben in Anspruch nehmen kann; der Erzherzog Johann ist 70 Jahre alt, wird er sich die Kraft zutrauen, in einer Zeit des Neugestaltens an die Spitze des großen Deutschlands treten zu können?

(M. Z.)

Berlin, 3. Juli. Das Ministerium des königl. Hauses, dessen Chef der Fürst Wittgenstein ist, wird aufgehoben, da ein provisorischer Minister nicht mehr besehen kann. (K. Z.)

0 Schreiben aus Berlin, 4. Juli. Der Rücktritt des Cultusministers Rodbertus (siehe unten) macht viel Aufsehen. Man will wissen, daß die Wege und Mittel, welche die übrigen Minister zur Begründung eines einigen Deutschlands einschlagen wollen, allerdings sehr entschieden abweichen wußten von den Absichten und Plänen, welche Hr. Rodbertus hatte. Hr. v. Ladenberg verwaltet interimistisch das Cultusministerium. — Dem Ministerium Auerswald prophezeit man hier überhaupt nur noch eine kurze, sehr kurze Wirksamkeit. Waldeck oder Milde, das sind die beiden Ministerpräsidenten, mit welchen sich heute das Gerücht trägt. Hr. v. Schreckenstein, unser Kriegsminister, und Hr. Oberstlieutenant v. Griesheim, Stellvertreter bei der neulichen Gladbachschen Interpellation, sollen ihren Abschied verlangt haben. — Entschiedenen Beifall fand heute in der Kammer die Rede des Hrn. Kuylard v. Berg. Derselbe sprach mit vieler Wärme für jenes unglückliche Land, dessen Unterdrücker auch deutsche Fürsten geworden. Er lehnte mit Entschiedenheit jeden Vorwurf oder vielmehr jede Verläumdung ab, die man den Preußen der katholischen Kirche in Betreff des polnischen Aufstandes machen wolle. — Gestern Nachmittag fand eine Sitzung des Ausschusses zur Berathung mit den Provinzen statt. Es wurde beschlossen, aus den hier lebenden Provinzangehörigen Abtheilungen zu bilden, welche unter der Leitung aus dem Ausschuß gewählter Männer Adressen und Anspraechen an die Provinzen ergehen lassen sollten. Ein Plakat, dessen Verfasser Gustav Julius, der Redakteur der Zeitungshalle, welches besonders die Entsehung und den Kampf vom 18. und 19 März schildert, wird in die Provinzen versandt und hier vertheilt. — Aus Bunzlau kommt eine Adresse: „Brüder in Berlin", in welcher es u. A. heißt: „In dem Grade aber, in welchem das Vertrauen zu dem Ministerium geschwächt worden, in demselben Grade ist es nun zu Euch erwacht, und belebt und erkräftigt ist es durch die Feier vom 4. d. M." (Die Adresse ist nämlich von Ende Juni), welche auf einen klagenden Beweis dafür gibt, daß Berlin einig ist in dem Streben nach völkbeglückender Freiheit."

— Unsere Justizminister scheinen immer das Unglück zu haben, mit dem Finanzminister, Hrn. Hansemann, der Seele des Kabinets, in Widerspruch zu stehen. Hr. Bornemann hatte schon einen Gesetzentwurf über Geschwornengerichte ausgearbeitet, nach welchem nur Unbescholtenheit und Großjährigkeit (ganz wie in dem Wahlgesetz vom 8. April) die Erfordernisse eines Geschwornen waren. Hr. Hansemann verlangte eine Beschränkung durch Census. Unser jetziger Justizminister, Hr. Märker, hat eine ähnliche Vorlage, wie Hr. Bornemann gemacht, und Hr. Hansemann hat dagegen opponirt und will, wie früher, eine Beschränkung durch Census. Man weiß noch nicht, ob Hr. Märker nachgeben wird oder nicht. — Bekanntlich haben die Staatsanwälte v. Kirchmann und Temme einen Urlaub erhalten, den sie nicht gefordert. Es soll dies eine Maßregel des alten Ministeriums sein, welche Hr. Märker zurückgenommen hat.

Berlin, 5. Juli. Der heutige Pr. Staats-Anz. enthält nachstehende Allerhöchste Ordre: „Zur Beseitigung der bisher noch vorgekommenen Verschiedenheit in der Anrede des Soldaten bestimme Ich hierdurch, daß forthin der Soldat jeder Waffe und jedes Standes den Ausdruck haben soll, von seinen sämmtlichen Vorgesetzten mit „Sie" angeredet zu werden. Sie haben Mich Bestimmung der Armee bekannt zu machen. — Sanssouci, 26. Juni 1848. — (gez.) Friedrich Wilhelm.

An den Kriegsminister, General-Lieutenant Frhr. v. Schreckenstein."

✶ Vierundzwanzigste Sitzung der National-Versammlung, vom 4. Juli. Das Protokoll der vorigen Sitzung wurde verlesen und angenommen. Präsident Grabow legte der Versammlung einen Gesetz-Entwurf über Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes in Criminal- und Fiscal-Untersuchungen und in Injurien-Sachen vor. Wird an die Abtheilung verwiesen. Hierauf werden die Namen der zu den Scrutinium-Stimmen vorgelesen (darunter sind: Berends, Graf Reichenbach für Finanzen; Ulrich, Walter für Kirche; Mäge für Schul-; Dörk Wechsel für Kriegsheim u. s. w.) — v. Auerswald (Minister-Präsident) zeigt der Kammer an, daß der Cultusminister Rodbertus seine Entlassung eingereicht, die der König angenommen habe. (Große Sensation.) Der Grund dieses Rücktritts sei der Mangel an Uebereinstimmung zwischen den Ansichten und den übrigen Ministern; zwar würde für alle die Begründung eines einigen Deutschlands unverrückbares Ziel bleiben, doch würde eine völlige Einigung über die Mittel und Wege kaum nicht leicht sein. Der König habe den Director im Cultus-Ministerium v. Ladenberg mit der interimistischen Verwaltung des Ministeriums beauftragt. (Lebhafte Unruhe auf der Linken.) — Rodbertus: ich kann fast nur wiederholen, was der Herr Minister-Präsident gesagt hat; Differenzen, die sich über den gründlichen Ideen-Zusammenhang nicht treffen konnten, stammen mich von dem Ministerium. Ich bin ausgetreten, um mit mir im Einklang zu bleiben; der Vorstand des Ministeriums wird dadurch nicht geführet, ich selbst verspreche, so viel an mir ist, es auch ferner zu unterstützen. (Beifall auf der Rechten.) — Minister-Präsident v. Auerswald: man habe den Austritt „interimistische Verwaltung" in Bezug auf Herrn v. Ladenberg mißverstanden; Herr v. Ladenberg solle nur für die kurze Zeit bis zur Wiederbesetzung des Ministeriums damit verwalten, — Ein Redner rügt eine Stelle in der Rede Gladbach's (in der Sitzung vom 30. Juni), wo von „bewaffneten Translokalitäten" die Rede gewesen, die vom Rhein nach Berlin gekommen. (Schallendes Gelächter auf der Linken.) Er könne versichern, daß keine solche Notarien auf der erwähnten Männern bestehe (hohl!), der Zweck ihrer Sendung sei durch das an den Präsidenten der Versammlung gerichtete Schreiben bekannt, übrigens seien sie ohne Waffen gekommen. (Gelächter.) Ob durch einen Austritt, wie der gerügte, jene achtbaren Männer oder der Redner compromittirt wird, darüber möge das Land entscheiden. (Beifall auf der Rechten.) — Welcker stellt den Antrag: Die Versammlung möge in Berücksichtigung der gehäuften Verhältnisse der achtbaurichtenden Bevölkerung beschließen, der Zehnte solle fortan nicht in natura erhoben, sondern derjenige Werth dafür erlegt werden, welcher, mit Vorbehalt der Revision, vorläufig durch zwei Sachverständige festgestellt wird; in den westlichen Provinzen sollen die Zehnten der Ablösung ꝛc. ½ ja nach Verhältniß wegen der Grundsteuer zurückzuerstatten. Der Antrag wird unterstützt und an die Abtheilung verwiesen. — Ein anderer dringlicher Antrag, der dahin lautet: eine Commission einzusetzen, die die Resultate der bisherigen Arbeiten der National-Versammlung zu veröffentlichen habe, findet nicht die nöthige Unterstützung. — An der Tagesordnung ist der Commissionsbericht über den Reuter'schen Antrag: eine Untersuchungs-Commission für die Ereignisse in der Provinz Posen einzusetzen. Der Referent legt sich eines Berichteten über den Charakter der Insurrection in Polen aus, was von dem Antragsteller gerügt wird, da ein solches Abschweifen auf die Sache selber nur die Leidenschaften zu erregen geeignet sey; hier handle es sich nur um die Ermittlung der Ursachen, aus welchen jene blutigen Auftritte in Posen hervorgegangen. Doch sey es nicht blos ein historisches Interesse, was hier bei der Einleitung Antrages geleitet; jene Untersuchung werde vielmehr auch die Mittel an die Hand geben, dem bevorstehenden Zustande in Posen ein Ende zu machen, sie würde ferner die in letzterer Zeit sehr in Unordnung gerathenen Sympathien und Antipathien Europas in Bezug auf Polen regulieren. Er bitte schließlich, die gestellten (3) Amendements, soweit sie nicht mit dem Commissions-Bericht übereinstimmen, zurückzuziehen. — Reichensperger: die Feststellung eines historischen Factums zur Erforschung der Gründe und Zwecke desselben gehöre der Geschichte oder den Gerichten an. Die Geschichte wird entscheiden, ob auch diesmal das deutsche Volk im Unrechte war oder nicht. Die Gerichte mögen untersuchen, welche einzelne Personen sich bei den Exzessen betheiligt haben. Zur Competenz der National-Versammlung gehört eine solche Untersuchung nicht. Sie kann höchstens ermitteln, auf welchen Wege der Wiederkehr solcher Ereignisse vorgebeugt und auf welche Weise die Neorganisation Polens durchgeführt werde. Eine Commission von Deputirten ist zu einer solchen Untersuchung n
Bauer (aus Krotoschin) spricht im Al
Commissions-Bericht, ohne sich dafür ab
ren. Er fürchtet, daß eine Untersuchung
Erbitterung und einen neuen Zusam
werde; daher werde er nicht mitstimmen.
es wahr ist, daß Polen lange Jahre hind
bei hat, so scheint es allerdings beim
wenn eine Untersuchung durch eine Co
nicht nothwendig wäre. Dem ist aber n
Volk und dem Lande und habe gesch
Volk nach dem 20. März wohl erkann
von Seiten des deutschen Volkes Unrech
war gutsieren, mit dem noch es erlan
Volk liege gegen das deutsche keinen Gru
dinger sey es, die wahren Ursachen jener
zu lernen. Er bringe deshalb auf Um
Unruh: Es müsse dem Ministerium
daß eine Commission ernannt werde.
Competenz der Versammlung anbetrifft,
spielereise nur an das englische Haus.
bei Berathung des Verfassungs-Entwur
Bayumann gegen die Commission. Du
selbe. Es sprachen noch verschiedene S
den Antrag, wie v. Berg und Blöhm
Meinung „Deutschland über Alles." Ja
Sie aber, die Größe einer Nation liegt
lait, wir wollen nicht die Erscheinungen
antreten. Setzen wir eine Commission
ner wieder, die unterlachen wie die Be
Man hat behauptet, die Thäter der Lobau
Zwietracht gesäet und den Aufstand angr
gesagt, daß dem nicht so ist. — Was
ganisation? Vielleicht die gegenne Dem
Commission muß auch alles und jedes
tersuchen ꝛc. (Bravo!) Neumann spri
mission, er will, daß man die Deputirte
tören und den Großherzogthume höre u
und Urtheile bilde. Jung erklärt sich
Antrag und auf die Wichtigkeit
plastische Frage in gegenwärtigen Augenbl
werde sich an die Spitze dieser Bewegu
nothwendig, daß man rasch verfahre. M
nern: So sehr die Regierung die Wic
erkennt, so sehr hat sich auch das Mar
Es wird dem Ministerium aber stets an
ihm Commissionen die Geschäfte erleichte
die Zeiten sind vorüber, wo die Behörde
Weisheit suchten. (Bravo!) „Hätte der
gelegen, die Staats-Regierung hätte si
Niederlegung einer Commission beantra
Thätigkeit der Commission gehen darf, wi
sich abmessen. Die Commission mag prüf
so lange ich wenigstens dem Ministerium
stehen die Ehre habe, wird es nie schwan
an das Licht der Oeffentlichkeit ziehen
schwierigste Frage dürfte die sein: in w
die Commission vorhandele. Unverkennt
Gewalt im Staate nennen, die maßgebend
die richterliche Gewalt dürfen nicht mit
werden, obschon sie ihren geglieteten C
— Der Redner weiß auf Belgien hin,
1833 in Gent Unruhen ausbrachen, Ge
wurde, die Kammer eine Commission n
bald ein Gesetz für die Tauer eines B
aber doch die Commission nie einen
„Die Commission und das Ministerium
Zweck vorliegen, sie müssen gemeinschaft
die Commission muß doch wenigstens hu
bei den Behörden ewalge Requisitionen
putiren sind unentgeltlich und unverant
das Ministerium. Die Commission müß
mit dem Ministerium in Verbindung bleib
wendigkeit übernehmen. (Beifall und Z
Es steht jedem Privatmann frei, Zeugen
verhandlung von der Rechten). Meine H
Dr. Burchardt hatten selbst in bald fü
heiten Zeugen vernommen, wie wurden
Zuständen sich gesprochen. — Wenn ich
daß Blut, was in den Adern steht, wal
eben nicht Blut in den Adern. Ich pro
müssen die ausgedehntesten Rechte. —
bemerkt, daß Zeugenaufslagen, Privatleu
sich nur wie ein Privatgespräch betrachte
den Reuter noch einmal seinen Antrag
die Versammlung mit großer Majorität
von 16 Mitgliedern (von denen auch jede
wählt werden und alle Einwohner der
schlossen sind) zu ernennen. Man ersuch
der durch den Grafen Reichenbach b
lichen Abstimmung mit 195 gegen 170
missionen in Ausführung ihrer Aufträge
lassen. — v. Unruh meint, daß durch
noch nicht alle anderen Fragen aufgri
Arnz: wir müssen der Commission au
müsse belegen, alle Zeugen verhören zu
Behörden zu ihrem Zweck requiriren zu
ich bin der Ansicht, daß durch die angen
anderen erledigt sind. Die Commission
sach bei dem betreffenden Ministerium, da
was nöthig, zu Dienst stelle. Waldeck
sion völlig freie Hand gegeben werden,

sirten ist zu einer solchen Untersuchung nicht competent. — Baurr (aus Kratzschin) spricht im Allgemeinen über den Commissions-Bericht, ohne sich dafür oder dagegen zu erklären. Er fürchtet, daß eine Untersuchung der Ereignisse neue Erbitterung und einen neuen Zusammenstoß hervorrufen werde; daher werde er nicht stimmen. Richter: wenn es wahr ist, daß Polen lange Zeit daher hindrech Unrecht erduldet hat, so scheint es allerdings beim ersten Anblick, als wenn eine Untersuchung durch eine Commission hier gar nicht nothwendig wäre. Dem ist aber nicht so. Ich kenne selbst auch dem Lande und habe gesehen, daß das polnische Volk nach dem 20. März wohl erkannt hat, daß ihm nicht von Seiten des deutschen Volkes Unrecht geschehen ist. Es war gestatten, mit dem was es erlangt. Daß polnische Volk trge gegen das deutsche keinen Groll, um so nothwendiger sey es, die wahren Ursachen jener Insurrection kennen zu lernen. Er bringe deshalb auf Untersuchung. — von Unruh: Es müsse dem Ministerium selbst daran liegen, daß eine Commission ernannt werde. Was übrigens die Competenz der Versammlung anbetrifft, so erinnere er beispielsweise nur an das englische Haus. Die Frage müsse bei Berathung des Verfassungs-Entwurfs erledigt werden. Baumann gegen die Commission. Domrzitzky für dieselbe. Es sprachen noch verschiedene Redner meistens für den Antrag, nur v. Berg und Blöhm in längeren heftigen aufgenommenen Reden. Abg. v. Berg: Auch ich bin der Meinung „Durchlaucht über Alles." Meine Herren bedenken Sie aber, die Größe einer Nation liege in ihrer Gerechtigkeit, wir wollen nicht die Enthüllungen über Ungerechtigkeiten antreten. Setzen wir eine Commission unparteiischer Männer nieder, die untersuchen wie die Verhältnisse beschaffen. Man hat behauptet, die Diener der katholischen Kirche hätten Zusammkunft gehabt und den Aufstand angeregt; ich bin überzeugt, daß dem nicht so ist. — Was ist aber eine Reorganisation? Vielleicht die gegenne Demarkationslinien? Die Commission muß auch alles und jedes Recht haben zu untersuchen. v. (Braun!) Neumann spricht gegen die Commission, er will, daß man die Deputirten beider Nationalitäten auf dem Großherzogthume höre und sich so informire und Urtheile bilde. Jung erklärt sich gegen diesen Vorschlag und macht auf die Nothwendigkeit aufmerksam, die die polnische Frage in gegenwärtigen Augenblick habe. Rußland werde sich an die Spitze dieser Bewegung stellen; es sey nothwendig, daß man sich verbinde. Minister des Innern: Se sehr die Regierung die Wichtigkeit dieser Frage erkennt, so sehr hat sich auch das Material gesammelt. — Es wird dem Ministerium aber stets angenehm seyn, wenn ihm Commissionen die Geschäfte erleichtern. Meine Herren, die Zeiten sind vorüber, wo die Behörden nur in sich die Weisheit suchten. (Bravo!) „Höre der Antrag nicht vorgelegen, die Staats-Regierung hätte vielleicht ebenfalls die Niedersetzung einer Commission beantragt. Wie weit die Thätigkeit der Commission gehen darf, wird man nicht ängstlich abmessen. Die Commission mag prüfen, so viel sie will; so lange ich wenigstens dem Ministerium des Innern vorzustehen die Ehre habe, wird es nie scheuen, seine Handlungen an das licht der Oeffentlichkeit ziehen zu lassen. — Die schwierigste Frage dürfte die seyn: in welchen Formen soll die Commission vorhandeln. Unverkennbar muß man die Gewalt im Staate nennen, die vollziehende, die gesetzgebende, die richterliche Gewalt dürfen nicht mit einander vermischt werden, obschon sie einen gegliederten Organismus haben." — Der Redner weiß auf Belgien hin, wo, als im Jahre 1833 in Gent Unruhen ausbrachen, Gent selbst gebändigt wurde, die Kammer eine Commission niedersetzte und dieselbe auf ein Gesetz für die Dauer eines Monates erließ, wo aber doch die Commission nie einen Bericht erstattet hat. „Die Commission soll das Ministerium werden." Sie soll durch verfolgen, sie müsse gemeinschaftlich untersuchen oder die Commission muß doch wenigstens durch das Ministerium bei den Behörden ewalge Requisitionen machen. Die Deputirten sind unmittelbar und unverantwortlich, nicht aber das Ministerium. Die Commission müßte, wenn sie nicht mit dem Ministerium in Verbindung bliebe, auch die Verantwortlichkeit übernehmen. (Beifall und Zischen.) d'Ester: Es steht jedem Privatmann frei, Zeugen zu vernehmen. (Unterbrechung von der Rechten). Meine Herren, ich und Hr. Dr. Borchardt hatten selbst in halb staatlichen Angelegenheiten Zeugen vernommen, wir wurden angeklagt und in 2 Anklagen frei gesprochen. — Wenn ich schon glauben will, daß Alles, was in den Acten steht, wahr ist, so steht doch eben nicht Alles in den Acten. Ich verlange für die Commission die ausgedehntesten Rechte. — Der Justiz-Minister bemerkt, daß Zeugenaussagen, Privatsachen gegenüber, juristisch nur wie ein Privatgespräch betrachtet würden. — Nachdem Reuter noch einmal seinen Antrag motivirt, beschließt die Versammlung mit großer Majorität: eine Commission von 16 Mitgliedern (von denen auf jeder Abtheilung 2 gewählt werden und alle Einwohner der Provinz Posen ausschlossen sind) zu ernennen. Man entscheidet sich darauf bei der durch den Grafen Reichenbach beantragten, namentlichen Abstimmung mit 195 gegen 170 Stimmen der Commission in Ausführung ihrer Aufträge ganz freie Hand zu lassen. — v. Unruh meint, daß durch diese Abstimmung noch nicht alle anderen Fragen aufgeschlossen sind. Dr. Arnz: wir müssen der Commission auch noch die Befugniß beilegen, alle Zeugen vorladen zu können, und alle Behörden zu ihrem Zweck requiriren zu dürfen. Temme: ich bin der Ansicht, daß durch die angenommene Frage alle anderen erledigt sind. Die Commission requirirt ganz einfach bei dem betreffenden Ministerium, daß ihr dasselbe Alles, was nöthig, zu Dienst stelle. Waldeck: Da der Commission völlig freie Hand gegeben worden, so sind dadurch alle Amendements erledigt, wir haben also nicht mehr nöthig, auf Einzelnheiten einzugehen. — Die Versammlung beschließt, die 4 Fragen noch zur Abstimmung zu bringen, nach welchem Beschlusse die Linke den Saal verläßt. Die Frage: ob die Commission nur beauftragt sein soll, zur Ermittelung von Thatsachen, wird verneint; ebenso: ob sie nur befugt sey, ihre Ermittelungen auch den Acten des Staats-Ministeriums zu nehmen. Es wird ihr das Recht zugestanden, die Behörden requiriren zu können, so wie auch ihr vom Staats-Ministerio und sonstige zugehende Nachweisungen zu benutzen. Die Frage: ob die Commission sich an Ort und Stelle begeben und Zeugen und Sachverständige vernehmen dürfe, wird verneint. — Nach der Abstimmung ergreift der Minister v. Manteuffel das Wort: Das Ministerium hat von Anfang an die deutsche Angelegenheit zu seiner wichtigsten Aufgabe gemacht. Die Regierung Sr. Majest. des Königs ist, wie die deutsche Nation, durchdrungen von der Nothwendigkeit, eine Centrals-Gewalt herzustellen und dem deutschen Reiche einen Reichsverweser zu geben. Mit der Wahl des Erzherzog Johann, einem freisinnigen Prinzen, stimmt sie überein und genehmigt die denselben in Frankfurt bewirkte Wahl. Die Regierung hofft ob von der vorbergehenden Genehmigung, die sie eigentlich zu ertheilen hätte; sie erwartet die Nothwendigkeit und Dringlichkeit des Beschlusses an. Wenn wir ein Haus bauen wollen, so bauen wir es mit Einmacht, wenn wir wünschen, daß es bestehe. — Der Präsident fordert die Versammlung auf, ihre Zustimmung durch ein Hoch! zu erkennen zu geben. Die Versammlung ruft dreimal: Hoch Deutschland!

(Schluß der Sitzung 4½ Uhr.)

Köln, 4. Juli. Die „Frankfurter O.-P.-A.-Z." findet sich veranlaßt, über die Persönlichkeit des Hrn. v. Berg Mittheilungen aus Coblenz zu machen, die auch in die „Köln. Ztg." No. 185 übergegangen sind. Gemäß dieser Mittheilungen könnte es scheinen, als ob der früher gerühmte „glückliche Griff" des Ministers Rodbertus eben nicht sehr zu billigen wäre. Von Berg erscheint als ein abgedankter Lieutenant, der, ohne früheren Studien und ohne praktische Befähigung, erst seit einem Jahre Landrath geworden, sogleich, zu unbegreiflicher Bevorzugung gelangt wäre. Doch diese Mittheilungen sind alle falsch. Hr. v. Berg war nie Lieutenant, nie Lehrer einer Cadetten-Schule. Er hat sehr umfangreiche Studien gemacht. Denn vom Jahre 1834 ab studirte er 5 bis 6 Jahre lang in Bonn und Berlin Jurisprudenz, Philosophie und Geschichte, in der Absicht, sich für Verwendung im Fache der Diplomatie vorzubereiten. Nur die Duell-Geschichte ist wahr. Im Gefängnisse auf der Festung kam ihm der Gedanke zur Reife, Professor zu werden, den er nach der Begnadigung und nachdem er drei Jahre theologische Studien zu Köln und Bonn genossen hatte, ausführte. Er ist nicht ein Jahr, sondern bereits über 5 Jahre Professor, und war zuletzt Caplan und Lehrer an einer Mittelschule in Jülich. Sein Vater war nie Commandeur in Deutz, sondern ist als preußischer Major im Jahre 1815 in der Schlacht gefallen, noch vor Geburt seines Sohnes. (K. Z.)

Köln, 4. Juli. Die letzte Nummer der Arbeiter-Zeitung (Nro. 11) ist äußerst heftig und erwähnt in dem Artikel: „Die Arbeiter-Revolution zu Paris und die Kölnische Zeitung" unter Anderm auch, nachdem Bürgermann, Levin Schücking und Benedey hündische Verehrer der Macht und des Bajonnetes, sodann schriftstellerndes Lumpenproletariat und schreibendes Gesindel genannt worden, daß die Reichen nicht zu früh triumphiren sollen u. s. w. Die Wochen werden bestimmt verpoppelt und sind es auch heute. Die Garnison in Köln und Deutz gemärtigte jeden Augenblick Generalmarsch, eben so die Bürgerwehr. — Kanonniere waren beordert, leichtes Geschütz parat zu halten, und Lunten waren zur Hand. (D. Z.)

Köln, 5. Juli. In der gestern Abend stattgehabten Versammlung des hiesigen Bürgervereins ist die Absendung einer Deputation zu dem am 7. d. in Dortmund stattfindenden Congresse der „constitutionellen" Vereine Rheinlands und Westfalens beschlossen worden. Man hofft, dort recht viele Städte vertreten zu finden. (K. Z.)

Bonn, 3. Juli. Das Verweilen des Herrn Ministers Camphausen auf seinem Landsitze in unserer Nähe regte bei dem hiesigen Gesangverein „Concordia" den Gedanken an, demselben gestern Nachmittag durch ein Ständchen eine freundliche Begrüßung zuzubringen. Dies fand bei allen Klassen unserer Mitbürger die lebhafteste Theilnahme. Das Dampfschiff, welches die Kölnische Gesellschaft mit der freundlichsten Bereitwilligkeit für den Festzug zur Verfügung gestellt hatte, war bald so besetzt, daß Viele zurückgewiesen werden mußten. Am Fuße der Anhöhe, auf welcher das Landgut des Herrn Camphausen liegt, stieg der Sängerchor ans Land und stellte sich unter den Fenstern des Hauses auf, während eine Adresse überreicht wurde, die mit einfachen Worten den Zweck der Festlichkeit aussprach. Nach dem ersten Gesange trat Hr. Camphausen unter die Sänger. Er gedachte freundlich der guten Gesinnung der Stadt Bonn, welche vor einiger Zeit eine der ersten in der Rheinprovinz durch einen Ausdruck des Vertrauens ihm ihre Zustimmung zu einer von ihm ausgegangenen wichtigen Regierungsmaßregel zu erkennen gegeben. Er sprach mit der ihm eigenthümlichen Einfachheit und Bescheidenheit über das, was er für das Wohl unseres Staates zu wirken gesucht. Mit Nachdruck und Kraft wies er auf die beiden Ereignisse hin, die in der letzten Zeit die Gemüther mit neuen Hoffnungen belebt hätten, nämlich auf Paris, wo die Civilisation den drohenden Terrorismus und die Barbarei überwunden, und auf Frankfurt, wo in der Wahl des Reichsverwesers ein Friedenschritt zur Gründung eines neuen einigen Deutschlands geschehen sey. Seine Stimme und ganze Haltung bot sich begeistert in der Hinweisung auf die Größe, die daraus über unsere Nation hervorrechen würde, wenn wir nun durch Eintracht und Gesetzlichkeit an diesem großen Werke kräftig mit bauen helfen würden. Der Vorsteher der „Concordia" brachte nach dieser von Allen tief empfundenen Ansprache, nach einer kurzen Erwiederung, dem Geleisten ein Lebehoch aus, welches aus tausend Stimmen wiederhallt wurde.

— Später erstattete der Vorsteher der „Concordia" Bericht über die ihnen bei Hrn. Camphausen zu Theil gewordene freundliche Aufnahme und über den von diesem erhaltenen Auftrag, allen Theilnehmern des Festes für die ihm dadurch bereitete Freude auf das nämliche zu danken, was die Gesellschaft mit einem nochmaligen Lebehoch erwiderte. Hieran anknüpfend folgte zum Schlusse von einem der Anwesenden ein begeisterter Toast auf Deutschlands wahre, durch Ordnung, Maaß und Gesetzlichkeit bedingte Freiheit, auf Deutschlands Wohlfahrt und Deutschlands Größe, alles dies zusammenfassend in dem Lebehoch auf den ernannten Reichsverweser Erzherzog Johann von Oestreich, der mit wahrem Jubel aufgenommen wurde. (K. Z.)

— Am 4. d. erschien auch eine Deputation des Gemeinderaths der Stadt Köln, den Ober-Bürgermeister an der Spitze, bei Hrn. Camphausen, um demselben die dankende Anerkennung für dessen politische Wirksamkeit auszusprechen. In seiner Erwiederung auf die Worte des Ober-Bürgermeisters vermeinte Hr. Camphausen mit voller Anerkennung bei der politischen Einsicht, bei der tüchtigen Gesinnung, welche die Rheinprovinz und besonders die Stadt Köln unter diesen vielfach verwirrenden Zeitumständen bewährt haben; er äußerte, wie er in Berlin stets mit Stolz auf die Entschiedenheit hingewiesen, womit seine ehtmischen und Kölnischen Mitbürger die gesetzliche Ordnung gegen jeden Angriff zu schützen gewußt haben. — Die Deputation trat bei Hrn. Camphausen noch mit Abgeordneten der Stadt Mülheim an der Ruhr zusammen, welche eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse überreichte.)

Koblenz, 4. Juli. Der Erzbischof von Köln, Herr von Geissel, traf heute Mittag, von Köln kommend, mit dem Dampfboote hier ein und stieg im Gasthofe zum Kielen ab. Wie ich vermnthe, begibt sich derselbe wie alljährlich um diese Zeit nach Ems zum Gebrauche der Kur. Am gestrigen Nachmittage reiste der hiesige Ober-Präsident, Hr. Eichmann, mit dem Dampfer nach Köln ab. Hr. Flottwell, Ober-Präsident von Westfalen, befinden sich seit einigen Tagen hier.

(D. Z.)

Trier, 3. Juli. Gestern war in dem zwei Stunden von hier entfernten Orte Schweich eine Volksversammlung, welche der hiesige demokratische Verein veranstaltet hatte und die zahlreich besucht worden seyn soll. Von hier aus fuhren Viele in Kähnen nach dem Orte der Versammlung, und viele Fahnen, darunter auch die blau-roth-weiße, waren zu sehen. Der Zweck der Vorträge scheint Aufreizung des Landvolkes gewesen zu seyn. Ein Redner versuchte dies auf eine Weise, die Fanatismus, und sachte den Religionshaß der katholischen Bevölkerung an; ein anderer soll ganz unzweideutig die Bauern zum Zuzug und Beistand aufgefordert haben, „wenn es losgehe". — Ich glaube, daß es recht bald losgehen wird, denn Alles treibt darauf hin. Die Wahl eines Reichsverwesers und gar in der Person eines Fürsten ist Vielen hier ein arger Streich durch die Rechnung gewesen, sie gedachten mittels der Executivgewalt die Republik einzuschmuggeln, und nun, da dieses nicht gelungen ist, bewiesen diese Herren, was sie eigentlich unter Freiheit und Volksvertretung verstehen. Eine Majorität von drei Viertheilen ist für sie nichts; sie erkennen die Wahl nicht an; sie declamiren und protestiren gegen den Gewählten, und ich täusche mich wohl nicht, wenn ich glaube, daß die augenblicklichen Bewegungen in hiesiger Gegend mit jenen Minoritäts-Protesten im Zusammenhange stehen und daß der große Lärm über Truppenanhäufung am Rheine seinen Grund in dem Wunsche hat, für diese beabsichtigten Bewegungen recht freie Hand in hiesiger Gegend zu erlangen. Möge die Regierung auf ihrer Hut seyn und möge sie vorzugsweise durch eine entschiedene Begründung der Freiheit auch auf eine entschiedene Begründung der Ordnung Bedacht nehmen! (K. Z.)

Vom Neckar, 27. Juni. Durch das ganze würtemberger Gebiet nimmt die Gährung auf drängligende Weise zu, so daß wir nicht bestimmen können, was die nächsten Stunden uns bringen. Um so schlimmer ist es, da die Soldaten sich auch der Bewegung angeschlossen haben, ein Theil für die Regierung, ein Theil für das Volk Partei zu nehmen scheint. Der einzige Rettungsanker könnte durch schleunige Errichtung einer Centralgewalt durch das Frankfurter Parlament geworfen werden, wenn diese Centralgewalt keine Halbheit wäre, wirklich die Achtung der Mehrzahl im Volke gewänne. (E. Z.)

§ Schreiben aus Frankfurt, 3. Juli. Die heutige 30. Sitzung der National-Versammlung begann um 9½ Uhr. Nachdem mehrere Urlaubsgesuche bewilligt und angezeigt worden war, daß auch in Schleswig-Holstein die Protokolle der National-Versammlung vorgelesen bestehend werden, erstattete Beseler im Namen des Verfassungs-Ausschusses Bericht über die Grundrechte des deutschen Volkes. Er erläuterte die Art und Weise, wie der Ausschuß den Gegenstand behandelt habe, und hebt hervor, daß er namentlich von dem Grundsatze der Einheit ausgegangen sey. Beseler schloß mit den Worten: „Der Kampf wird ein dieser aber ehrenhafter seyn.“ — Es entspann sich nun eine lange Debatte über den Antrag des Ausschusses: Nach §. 44 der Geschäftsordnung eine mehrmalige Berathung und Abstimmung eintreten zu lassen. Die Linke war durchaus gegen den Antrag, da das sofortige Gut nicht schnell genug dem Volke zugewendet werden könne, und die Berathung ohne dies mehrere Wochen hinwegnehme. Die Rechte wollte dagegen, der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes wegen, die gründlichste Berathung, und besonders auch den so schwierigen eigenthümlichen Verhältnissen der deutschen Völker Rechnung getragen haben. Der Präsident gelangte endlich zur Formulirung der Anträge, welche vom Ausschuß und den verschiedenen Rednern gestellt wurden. Der Ausschußantrag wurde angenommen. Er lautet: Es soll eine zweimalige Berathung und Abstimmung über jeden § des Gesetzes über die Grundrechte des deutschen Volkes stattfinden; — und die zweite Berathung beginnt, so wie die erste über das Ganze zu Ende geführt, und die neue Redaktion, so wie sie aus der ersten Abstimmung sich gebildet, vom Ausschusse vorgelegt sein wird. — Der Präsident verlas darauf einen Antrag von Schaffrath: daß der Anfang, daß der zweimaliger Berathung nur bei der zweiten namentliche Abstimmung stattfinden könne. Die Linke widersetzt sich diesem Antrage, da er der Geschäftsordnung entgegen sey, und nach einiger Debatte nahm ihn der Antragsteller zurück. Der Präsident frug, ob ihn jemand wieder aufnehmen wolle, was die Linke ungehener in Harnisch brachte, weil sie darin eine Provokation erblickte. Wiedemann nahm den Antrag wieder auf, und nun ging eine neue Debatte los. Der Präsident brachte endlich den Antrag dahin zur Abstimmung: ob die Zulassung desselben gegen die Geschäftsordnung sey. Die Linke protestirte gegen jede Abstimmung, nahm aber doch daran Theil, als sie gewahrte, daß sie die Majorität erhalte. — Nachdem noch eine Debatte wegen der augenblicklichen Zulassung neuer Anträge entstanden, wurden die Anträge von Holland: 1. eine allgemeine Debatte soll nicht stattfinden. 2. Die Annehmung der Redner findet immer zu jedem nächstfolgenden § statt, angenommen. Die Berathung über das Gesetz beginnt morgen mit § 1. Dr. Wirth wohnte heute zum erstenmal der Sitzung als Mitglied bei, ist aber noch sehr leidend, und muß ins Bad zurück. — Die Mitglieder des Ausschusses für Abfassung eines Gesetzentwurfs über die Verantwortlichkeit der Reichsminister sind: Biggermann, Wichmann, Wiedenbrugk, Schwarzenberg, Naumann, Hermann, Zitz, Stüber, Tafel (aus Zweibrücken), Justein, Jürgens, Linde, Robert Mohl, Schüler und Mittermayer. In dem Ausschuß zur Prüfung der Wahlen in Thüringen und Kurhessen wurden gewählt: Zacharia (aus Göttingen), Rachowski, Reichensperger, Schaffrath, Simon, Lette v. Binde, Wirth, Riesser, Freudenthal, Sommaruga, Wiedemann, Adams und Bürgers. — (Die Wahl v. Lochowski's, v. Binde's, v Sommaruga's rief ein Oh, Oh! der Linken und der Gallerie hervor.)

Frankfurt, 4. Juli. In der heutigen 31. Sitzung der konstituirenden Nationalversammlung begründete der Abg. Blum seinen Antrag, daß der Bundestag um amtliche Erklärung über Sinn und Bedeutung seines Schreibens an den Erzherzog Johann, insbesondere über die darin ausgesprochene Zustimmung der Regierungen zu dessen Wahl ersucht werde. Nachdem hierüber v. Schmerling und Schuselka gesprochen hatten, beschloß die Versammlung, zur Tagesordnung überzugehen. Hierauf begann die Berathung über §. 1 des Entwurfs der Grundrechte des Volks, welche gegenwärtig (2 Uhr) noch fortdauert. (Fr. J.)

Dresden, 1. Juli. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer kam eine auf der Regiftrande befindliche, an die Ständeversammlung gerichtete Adresse aus Schlettau zum Vortrag, deren 109 Unterzeichner sich entschieden für die Erhaltung der konstitutionellen Monarchie aussprechen und die Erwartung an den Tag legen, daß Regierung und Stände die republikanischen Bestrebungen gewisser Parteien, welche „im Namen des Volks“ zu handeln vorgeben, während das Volk dergleichen Bestrebungen fremd sey, mit aller Kraft zu unterdrücken suchen werden. (D. A. Z.)

Kassel, 2. Juli. Ein Mauer-Anschlag des hiesigen Volksrath verkündigt auf den 3. d. M. eine außerordentliche Volksversammlung zur Berathung einer Ergebenheits-Adresse an den Reichsverweser Johann v. Oestreich und einer Dankadresse an die deutsche Nationalversammlung. (Kassl. Z.)

Kassel, 2. Juli. Hier fanden vorgestrige Nacht Ruhestörungen statt, welche leider beklagenswerthe Folgen hatten. Abends waren auf Einladung des Volkskomités fast alle Häuser erleuchtet; lärmende und singende Haufen durchzogen die Straßen, ließen bald den Erzherzog Johann, bald die rothe Republik hochleben. Das freudhafte Schießen in den Straßen, zum Theil mit scharfen Patronen, veranlaßte endlich gegen 11 Uhr die Schutzwache und das Militair, mit gefälltem Bajonnet vorzurücken und die Straßen zu säubern; ein Schuß, (es ist noch nicht ermittelt, ob er aus den Reihen der Schutzwache oder aus dem Haufen der Lärmmacher fiel) tödtete einen der letzteren; ein Polizeidiener wurde durch einen andern Schuß so schwer an der Hand verwundet, daß man an seinem Aufkommen zweifelt. Außerdem fielen noch mehrere Bajonnetverwundungen vor. An einem Punkte in der Nähe der Hauptwache suchten sich die Rubestörer durch eine Barrikade zu halten: sie wurden jedoch bald vertrieben. Bis gegen 2 Uhr Morgens währte der Lärm. Auf heute Abend sind umfassende Sicherheitsmaßregeln getroffen. (Fr. J.)

In Nürnberg ist die Deputation der Reichsversammlung, welche den Erzherzog Johann seine Ernennung zum Reichsverweser überbringen soll, durch Deputationen der städtischen Collegien von Nürnberg und Fürth, dann der drei dort bestehenden politischen Gesellschaften, denen sich noch andere Personen angeschlossen hatten, feierlich eingeholt und mit großen Festlichkeiten empfangen worden.

Kiel, 3. Juli. In Rendsburg hat man die Nachricht, daß Wrangel seinen verschiedenen Truppencorps im Norden den strengsten Befehl gegeben habe, nicht nach Jütland hineinzugehen. (H. B.-H.)

Schleswig, 2. Juli. Die preußische Feldpost ist in Habersleben und somit stehen die Deutschen wiederum im Norden des Landes, bald an der Schottburger Au. Der Status quo ist der Untergang kann demnach nur das ganze Herzogthum seyn. Die Dänen gegen sich bei der Annäherung der deutschen Truppen in der Nacht leise aus Hadersleben zurück. Indem sie die Brücke sprengten, sollen zwei Häuser eingestürzt seyn; doch sollen sich die schleswig-holsteinischen Jäger nach mit den abziehenden Dänen trefflich geschlagen haben. Ein preußischer Offizier und drei Gemeine sind bei dem Vorpostengefecht verwundet worden. — Einem Gerüchte zufolge soll auf unsern Prinzen Friedrich bei seinem Einzuge in Hadersleben aus vier Häusern geschossen worden seyn. Sollte sich dies bestätigen, wird man in den angeblich sofort umzingelten Häusern die Thäter deffentlich auch entdecken. Von einem Gerüchte bei Christiansfeld, wo es nach Einigen blutig hergegangen seyn soll, ihet man nichts mit Bestimmtheit, so daß eine andere Mittheilung glaubwürdiger scheint, daß hier blos einige Estkadrons Cavallerie aufeinander gestoßen wären, während die Dänen sich nach Jütland zurückgezogen hätten. (H. C.)

Wien, 2. Juli. Die offizielle Wiener Zeit. enthält folgenden Artikel: „Monsignor Morichini, Erzbischof von Nikbi, befindet sich seit einigen Tagen in Wien. Er war Ueberbringer eines päpstlichen Schreibens an Se. Majestät den Kaiser, worin Se. Heiligkeit als oberster Hirt der katholischen Kirche seine Wünsche für die baldige Herstellung des Friedens in Italien ausdrückt und der Großmuth Sr. apostolischen Majestät die allenfallsige in Gefangenschaft gerathenen Unterthanen des Kirchenstaats empfiehlt. Monsignor Morichini gedenkt nächstens wieder in die päpstlichen Staaten zurückzukehren — Soviel zur Berichtigung der Gerüchte, welche mit der Anwesenheit dieses Prälaten in der Hauptstadt Unterhandlungen in Verbindung bringen wollten.“

Nach einem offiziellen Artikel der Wiener Zeitung vom 1. Juli sind alle Friedensunterhandlungen mit Italien abgebrochen.

Prag, 29. Juni. Die Wahlen in Oestreich, so weit sie uns bisher bekannt geworden sind, ergeben ein wahrhaft jammervolles Resultat und bewiesen auf das schlagendste, welche politische Unreife sich in diesem Oestreich vorfindet. In Böhmen gewinnen die Czechen ein entschiedenes Uebergewicht; zum großen Theile werden aber Leute gewählt, die durchaus keine Vorstellung von einer Constitution, von einem Reichstage und allem damit Zusammenhangenden haben, viele auch, die keine Silbe Deutsch verstehen. Bis heute sind 92 Wahlen bekannt; unter den Gewählten sind nicht mehr als 40 Bauern. In Steiermark ein ganz ähnliches Resultat. In Galizien sind unter 75 Abgeordneten 51 Bauern — man rechnet 45 Deputirte, alle die Mehrzahl, denen die deutsche Sprache vollkommen fremd ist! Was soll aus einem so gebildeten Reichstage werden, der in so schwieriger Lage diesem barbarischen Oestreich eine Verfassung geben soll? So viel wenigstens ist schon jetzt gewiß, daß die große Majorität der Versammlung aus Männern ohne alle politische Bildung, ohne alles Verständniß der Gegenwart bestehen wird, ja, aus Männern, die völlig unfähig sind, an den Verhandlungen irgendwie Theil zu nehmen. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 4. Juli. Die Verhandlungen der gestrigen Sitzung der National-Versammlung waren von Wichtigkeit. General Cavaignac nahm das Wort, um einen Bericht über den Stand der Angelegenheit der Nationalwerkstätten zu erstatten. Die Nationalwerkstätten seyen am 23. Juni in einer furchtbaren Desorganisation gewesen, von dem ursprünglich guten Grundgedanken sey keine Spur mehr übrig gewesen. Die Nationalversammlung habe Alles aufgeboten um das Uebel zu mildern, aber vergebens, — je mehr die Arbeiter gehen hätten, daß man sich mit ihnen beschäftige, je größer seyen ihre Anforderungen geworden. Es sey also blos ein Mittel übrig geblieben, die Auflösung. Der Effectivbestand der Werkstätten sey 106,000 Arbeiter gewesen, — die Insurrection habe mindestens 50,000 Kämpfer gehabt und diese größtentheils, wie die Verhaftungen bewiesen, aus diesen Werkstätten. Er habe also zur gewaltsamen Auflösung schreiten müssen, — die Arbeit sey eingestellt und die nicht compromittirten Arbeiter seyen in ihren Anvonbissements von den Maires ausgezahlt worden. Er habe diese Bezahlung vorläufig fortdauern lassen, aber er könne der Versammlung vorläufig die Versicherung geben, daß die Nationalwerkstätten von Paris aufgelöst seyen. Allerdings gebe es noch eine große Anzahl erwerbloser Arbeiter, allein die Organisation, die Gemeinschaftlichkeit habe aufgehört. Er kündigt nun die unmittelbare Vorlage einer Reihe von Maßregeln an, um die erwerblosen Arbeiter zu beschäftigen, — die eine dieser Maßregeln ist bestimmt, die Privatunternehmer aufzumuntern, damit diese eine Anzahl Arbeiter beschäftigen, die andere, um große Arbeiten für den Staat in gleicher Weise ausführen zu lassen. Er appellirt schließlich an den guten Willen und den Patriotismus der Versammlung, um der Regierung in diesem schwierigen Werke beizustehen. (Von allen Seiten Zustimmung.) — Sodann bestieg der Finanzminister Goudchaux die Rednerbühne, und setzte die Maßregeln auseinander, durch welche das Vertrauen und der Kredit wieder herzustellen und zugleich die Versprechungen der Februar-Revolution zu erfüllen, ohne die Privatinteressen zu verletzen seyen. Die Regierung schlägt zunächst vor, die Spar-Kassen-Einlagen und die Staatsrenten theils baar, theils in 3pCt. Renten zum Course von 48 und in 5pCt. zu 70 aufzubezahlen. Die mit der Bank abgeschlossene Anleih von 150 Millionen wird aufrecht erhalten, dagegen werden die Entwürfe zum Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat, zur Uebernahme sämmtlicher Versicherungsgesellschaften, und das Projekt des Rentenverkaufs an die Capitalisten der Departements vorläufig bei Seite gesetzt. Weiter erklärt der Minister, was die Besteuerung der Hypothekenschulden betreffe, so werde sie auf 1849 vertagt; eine Einkommensteuer auf alles Einkommen, mit Ausnahme des Grundbesitz Einkommens und der kleinen Vermögen, so wie eine Steuer auf alle Erbschaften und Schenkungen angekündigt wird. Alle Interessen der Staatsschuld werden regelmäßig bezahlt werden. Der Gesellschaft der Bauunternehmer in Paris wird ein Darlehn von 5 Millionen bewilligt, um damit sogleich für 10 Millionen Bauten auszuführen. Drei Millionen werden zu Versuchen von Assoziationen von Arbeitern unter sich oder mit ihren Patronen bestimmt. Der Minister spricht die bestimmte Hoffnung aus, daß die Republik nicht nur alle ihre früheren Verpflichtungen erfüllen, sondern auch sehr bald das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellen werde. (Allgemeine Zustimmung.) — Die Dringlichkeit der betreffenden Gesetzentwürfe wird von der Versammlung anerkannt und dieselben dem Finanzcomité überwiesen. — Den Rest der Sitzung füllte die fortgesetzte Erörterung über das neue Municipalgesetz aus, nachdem noch ein Bericht über die von der dazu bestimmten Commission vorgeschlagenen Ehrenbezeugungen für die Verwundeten der Gefechten gemacht worden war. — Der heutige Moniteur enthält folgenden Befehl des Minister-Präsidenten enthält folgende Bestimmungen: 1 Die National-Werkstätten tes Seine Departements sind aufgehoben. — 2. Arbeiter ohne Beschäftigung sollen fortwährend durch die Mairien Unterstützungen vertheilt werden. — 3. Dieselben Maßregeln sollen nach und nach bei den National-Werkstätten der ganzen Republik in Vollzug gesetzt werden. — Das Arbeiter-Comité hat heute den Vorschlag des Herrn Wolowsky angenommen, dessen Basis die Abschaffung des Dekrets der provisorischen Regierung ist, nach welchem die Arbeitsstunden festgestellt werden. — Nach Maßgabe der Fortschritte, welche die Untersuchung über die Ereignisse der letzten Tage macht, häufen sich die aus Licht kommenden Thatsachen. Es sind wieder 34 Verhaftungen deßhalben und zwar diesesmal nicht gegen obscure Individuen, sondern gegen Personen, welche bei der Empörung eine bedeutende Rolle gespielt und einen entscheidenden Einfluß auf dieselben vorangehenden Ereignisse ausgeübt zu haben scheinen, so sagt das Journal des Débats — An mehreren Stellen sind, heimliche Fabriken von Pulver und Munition entdeckt worden. — Arbeiter sind gegenwärtig mit Ausbesserung der Stadtmauern, in welche die Insurgenten Schießscharten gebrochen hatten, so wie mit Ausbesserung der beschädigten Octroi-Häuser beschäftigt. Eines der letztern an der Barriere Poissoniere zählte die Spuren von nicht weniger als 75 Kanonen-Kugeln. — Alle in Paris errichteten Bivouacs sind heute aufgehoben worden und die Truppen in ihre Kasernen zurückgezogen. — Der Moniteur enthält folgendes Programm zu der am 6. d. zu Ehren der für die Republik in den Junitagen Gefallenen stattfindenden Trauerfeierlichkeit: Der Truppen sollen bereits am Morgen so aufgestellt werden, wie solches durch besonders Befehl des Chefs der vollziehen-

Fortsetzung in der Beilage.

den Gewalt angeordnet
bleibt für die Mitglie
die constituirten Corps
missarien die Plätze an
deplatz und am Eingange
sollen Altäre errichtet
durch die zur National
der Gottesdienst abgeh
sich der Trauerzug vo
Bastille in Bewegung,
Hier angekommen wird
zug am Eingange der Ge
begleitet werden; die G
— Vier einigen Tage
ein Schreiben aus Bas
sardinischen Armee, n
Karl Albert durch einig
Alpenarmee die Innsbr
den sey. Obiges Gi
Nachricht ohne allen
Hoffnung, daß die
nehmen werde, über
ropa gegenüber zu erk
stillen, welche ein leid
Erhaltung des Friede
müßte. Da die Regie
noch nicht ausgetrocke
Debatte nochmals die
stand, welcher die Gre
der ganzen Welt so na
Gelandter der Republik
einer Urlaubsreise nach
mit Gewißheit, daß H
lin zurückkehren wird
bestätigt hiebei.

J
Innsbruck, 30
Hauptquartier des F
von Chiasy auf der C
machten einen Versuch,
von Rivoli das linke
aber wieder über die
sich seither nicht mehr
schickte eine starke Tru
ral Culez und eine
largne, die sie vollkom
jenseitigen Ufer steht
chische Truppen halten
am gegen Rivoli hi
Piemontesen haben a
Kampf, und nur die
Sie haben trotz ihrer
Bewegung gewagt, un
italienischen Berichte
belegt. General Durar
Bicenza für uneinnehm
in der That nach der
zierte vom Fach, müßte
sen ungeachtet waren
tapferen österreichischen
Durando verstehen, d
gegen diese Truppen
Piemontesen gezeigt
Feldmarschall hat ihr
Gränzpfähle mit der
hier“ errichten lassen
Gränzpfähle irgend ge
glücklicherweise überal
und sie respectiren ma
(Dieß läßt die Nac
Forts Malghera als
Eben erhalten w
dig, 25. Juni. Die
hatten begonnen, ab
tender Erfolg erreicht.
am 28. Kunde von e
haben, dann aber m
gangen seyn, wo m
davon bekannt war,
Berichte, die bis zum

Triest, 28 Ju
der Nachricht überal
Gewässer von Penez
aus nicht mehr sichtb
aufgestandenes Dampf

(Die Neue Mü
als halboffizielles Bl
sagt in ihrem Blatt v
unsern Lesern eine ab
richt mitzutheilen. G
men, sind die Einl
und der bayerischen
Turin zu Gunsten Tr
erfolglos geblieben,
Regierung die Auf
Triest bereits vo

Beilage zu Nro. 162. des Westfälischen Merkurs.

Münster, Freitag den 7. Juli 1848.

den Gewalt angeordnet werden wird. Der Concordeplatz bleibt für die Mitglieder der Nationalversammlung und die constituirten Corps vorbehalten, denen zwei Commissarien die Plätze anweisen werden. Auf dem Concordeplatz und am Eingange der Allée in den Champs Elysées sollen Altäre errichtet werden, an welchen um 10 Uhr durch die zur Nationalversammlung gehörenden Bischöfe der Gottesdienst abgehalten wird. Nach der Messe setzt sich der Trauerzug von dem Concorde-Platz nach der Bastille in Bewegung, wobei die Truppen Spalier bilden. Hier angekommen wird der Leichenwagen und der Trauerzug am Eingange der Grabgewölbe halten, wo die Särge niedergesetzt werden; die Geistlichkeit singt das de Profundis. — Vor einigen Tagen hatte das Journal des Débats ein Schreiben aus Valeggio, dem Hauptquartier der sardinischen Armee, mitgetheilt, wonach dem Könige Karl Albert durch einige Officiere des Generalstabes der Alpenarmee die Intervention Frankreichs angeboten worden sey. Obiges Blatt bemerkt heute, es habe diese Nachricht ohne allen Commentar mitgetheilt, in der Hoffnung, daß die Regierung hieraus Veranlassung nehmen werde, über ihre politischen Absichten sich Europa gegenüber zu erklären, und dadurch die Unruhe zu stillen, welche ein solches Gerücht bei der großen, die Erhaltung des Friedens wünschenden Mehrzahl erregen müßte. Da die Regierung sich in dieser Hinsicht aber noch nicht ausgesprochen, so fordert das Journal des Débats nochmals diese Erklärung über einen Gegenstand, welcher die Stellung Frankreichs zu Europa und der ganzen Welt so nahe berührt. — Emanuel Arago, Gesandter der Republik am preußischen Hofe, soll auf einer Urlaubsreise nach Paris kommen. Man glaubt mit Gewißheit, daß Hr. Arago nicht wieder nach Berlin zurückkehren werde. Eine Notiz des Messager bestätigt dieses.

Italien.

Innsbruck, 30. Juni. Nachrichten aus dem Hauptquartier des Feldmarschalls melden nichts Neues von Belang auf der Linie der Etsch. Die Piemontesen machten einen Versuch, aus ihrer verschanzten Stellung von Rivoli das linke Etschufer zu gewinnen, wurden aber wieder über die Höhen hinabgeworfen und haben sich seither nicht mehr herausgewagt. Der Feldmarschall schickte eine starke Truppenabtheilung unter dem General Gulez und eine halbe Raketenbatterie nach Valargne, die sie vollkommen in Schach hält. Auf dem jenseitigen Ufer steht Oberst Zobel in Avio, und östreichische Truppen halten la Ferrara besetzt, über das hinaus gegen Rivoli hin unsere Vorposten stehen. Die Piemontesen haben alle Straßen gegen Verona verschanzt, und nur die gegen la Ferrara offen gelassen. Sie haben trotz ihrer Uebermacht noch keine offensive Bewegung gewagt, und eben so wenig ist, wie doch die italienischen Berichte meldeten, la Ferrara von ihnen besetzt. General Durando hatte die Verschanzungen vor Vicenza für uneinnehmbar erklärt, und sie sollen auch in der That nach der Aussage aller östreichischen Offiziere vom Fach, musterhaft angelegt gewesen seyn. Dessen ungeachtet waren sie nach drei Stunden von der tapferen östreichischen Infanterie erstürmt. Seither soll Durando versichern, daß es keine Verschanzung gibt, die gegen diese Truppen Stand hält. Vielleicht machen die Piemontesen gelegentlich die gleiche Erfahrung. Der Feldmarschall hat längs der Tyroler Gränze überall Gränzpfähle mit der Inschrift: „Deutsches Bundesgebiet" errichten lassen; indeß ist zu zweifeln, daß diese Gränzpfähle irgend geachtet werden dürften, wenn nicht glücklicherweise überall Tyrolerschützen dahinter ständen, und sie respectiren machten. Von Welden nichts neues. (Dieß läßt die Nachricht von der Capitulation des Forts Malghera als zweifelhaft erscheinen.) (A. Z.)

Eben erhalten wir noch ein Schreiben aus Venedig, 25. Juni. Die Feindseligkeiten bei Fort Malghera hatten begonnen, aber bis dahin war dort kein bedeutender Erfolg erreicht. Immerhin könnte man in Wien am 28. Kunde von einer späteren Capitulation erhalten haben, dann aber müßte die Nachricht über Triest gegangen seyn, wo nach unsern neuesten Briefen nichts davon bekannt war, während auch unsere Innsbrucker Berichte, die bis zum 30. gehen, nichts davon wissen. (A. Z.)

Triest, 28 Juni. Heute früh wurden wir mit der Nachricht überrascht, daß die feindliche Flotte die Gewässer von Perano verlassen habe und von der Küste aus nicht mehr sichtbar sey. Ein zur Recognoscirung ausgesendetes Dampfboot brachte die Bestätigung. (A. Z.)

(Die Neue Münchener Zeitung, die man fortan als halboffizielles Blatt scheint betrachten zu dürfen, sagt in ihrem Blatt vom 1 Juli: „Wir beeilen uns, unsern Lesern eine eben so wichtige als erfreuliche Nachricht mitzutheilen. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, sind die Einschreitungen des deutschen Bundes und der bayerischen und preußischen Gesandtschaften in Turin zu Gunsten Triest's, wie zu erwarten stand, nicht erfolglos geblieben, und es hat hierauf die sardinische Regierung die **Aufhebung der Blokade von Triest bereits verfügt.** Der Handel dieser wichtigen deutschen Stadt würde hiernach die ihm so nöthige freie Bewegung wieder erlangen, und von der sardinischen Flotte lediglich bezüglich der Transporte von Kriegsmaterial eine Controle geübt werden."

Aus Oberitalien, 21. Juni. Die Vereinigung der Lombardei mit Piemont findet jetzt da Widerstand wo man es am wenigsten erwartet hatte. In Turin hat sich eine starke Partei gebildet, welche gegen die Verschmelzung beider Länder Protest einlegt, und namentlich nichts von einer constituirenden Versammlung wissen will. Es regt sich der alte Municipalgeist wieder, den man in Italien schon glücklich überwunden zu haben wähnte. Die Turiner sind hauptsächlich deßhalb unzufrieden, weil sie fürchten, daß der Sitz der Haupt- und Residenzstadt des Landes nach Mailand verlegt werden möchte. Andere unzufriedene Elemente aus allen Ständen haben sich ihnen angeschlossen, und es ist leicht möglich, daß die Frage zu einem feindlichen Zusammenstoß der Parteien führen wird. Andererseits durchziehen allabendlich Volksschaaren die Straßen von Turin und Genua mit dem Rufe: „Nieder mit den Rückwärtsmännern, nieder mit den Jesuiten, nieder mit den Aristokraten, es lebe die Vereinigung mit der Lombardei, es lebe die constituirende Versammlung." Die herrschende Gährung wird noch vermehrt durch die üblen Nachrichten vom Kriegsschauplatz und durch die Unthätigkeit Carl Alberts, der erst mit einem Angriff auf Verona prahlte, dann aber in seine alte Stellung zurückging. (Karlsr. Z.)

Ungarn.

Pesth, 27. Juni. In Temesvar ist am 23. d. ein Courier angelangt mit der Hiobspost, Weißkirchen sey von rebellischen Grenzern und anderem raczischen Raubgesindel eingenommen worden, ohne daß das dortige Militair Widerstand geleistet. 3 Kanonen, 30 Ctnr. Schießpulver, alle Gewehre fielen den Rebellen in die Hände. Am 24. sollen sie beabsichtigen, Werschetz zu nehmen, und wenn der Streich gelingt, dann auch Temesvar. In Folge dieser Nachricht wurden noch am 23. zwei Compagnien des Bukovinaer Regiments zu Wagen nach Werschetz abgeschickt, wohin auch viele Nationalgarden von hier nachfolgen dürften. Werschetz ist nur 1½ Station von Weißkirchen entfernt, doch liegen dort 4 Compagnien Infanterie und 2 Schwadronen Husaren, und so ist zu hoffen, daß die aufwieglerische Horde dort nichts ausrichten wird. (P. Z.)

Nordamerika.

Am 2. Juli, gegen Mitternacht, ist der „Hermann" auf der Rhede von Cowes angekommen. Er hat seine erste Reise von New-York in nur 11 Tagen und 2 Stunden zurückgelegt. Glück auf: die schnellste Reise von Amerika, welche bis jetzt überhaupt gemacht wurde. Er bringt 66 Passagiere, 300,000 Dollars und eine beträchtliche Ladung für Bremen. Der Handel ist still in America: Jeder sucht seine Geschäfte einzuschränken. — Das Heer zieht sich von Mexico zurück. Das schwere Geschütz und die Freiwilligen sind bereits aus der Hauptstadt abgezogen.

Ueber die Justizbeamten.

In einem der Düsseldorfer Zeitung kürzlich beigegebenen Extrablatte hat der Herr Advokat Evelt ein offenes Sendschreiben an seinen Bruder, Direktor Evelt aus Dorsten, Abgeordneter in Berlin, erlassen, in welchem Hr. Evelt seine Ansichten über die Art der Bildung und Anstellung der Justizbeamten dem Bruder zur Prüfung und Beachtung behufs der nöthigen Vorschläge bei dem Verfassungswerke mittheilt. Herr Evelt geht in diesem Sendschreiben, unter Hinweisung auf die frühere Einrichtung in seiner Vaterstadt Münster, sowie auch die frühere Verfassung Osnabrücks, davon aus, daß künftig der Advokatenstand die Pflanzschule der Beamten werden müsse. Die Zahl der Advokaten soll unbeschränkt seyn und die Aufnahme in diesen Stand bloß durch das Auskultator- oder Referendar-Examen oder auch durch die Promotion auf Universitäten bedingt werden. Aus den Advokaten, sollen die Advokatanwälte, Notare und Friedensrichter in der Art hervorgehen, daß von den Wählern in jedem Regierungsbezirke drei Candidaten vorgeschlagen werden, aus welchen der König einen wählt. Alle übrigen Richter und Mitglieder des öffentlichen Ministeriums sollen ferner von der Regierung aus den Friedensrichtern gewählt werden; so daß der Friedensrichter die erste Stufe bildet, durch welche der Advokat zu den höheren Stellen hinaufsteigt. An diese Idee, welche sich theils an die im ehemaligen Münsterlande bestandene Verfassung, theils, nemlich in Betreff der Wahl der Beamten, an die belgische Verfassung anlehnt, knüpft Herr Evelt die weitere Ausführung, daß mit dem Staatsexamen auch jeder Unterschied zwischen Höheren und Subaltern-Beamten wegfallen müsse, und daß hinsichtlich des Auskultator-Examens keine Frage darüber stattfinden solle, auf welche Weise der Candidat sich die Kenntnisse erworben hat, über welche sich dieses Examen verbreiten soll. Insofern hier Hr. Evelt unter Subaltern-Beamte die Anwälte, Notare, Friedensrichter u. A. verstanden haben will, läßt sich gegen seine Ansicht nichts einwenden. Hinsichtlich der Auskultatur dürfte sich aber doch großes Bedenken dagegen erheben, daß hier lediglich von dem oft zufälligen Resultate eines Examens die Zulassung abhängig gemacht werden soll. Dem Staate muß zu sehr daran gelegen seyn, Beamte zu haben, von denen er eine gründliche wissenschaftliche Bildung voraussetzen darf. Der Besuch der Gymnasien und Universitäten, als denjenigen Anstalten, wo diese Ausbildung ordnungsmäßig und nach einem geregelten Systeme erworben wird, kann für diese Voraussetzung nur die erforderliche Garantie bieten; nicht aber ein einzelnes Examen, welches doch nimmermehr so eingerichtet werden könnte, daß ein einseitiges, eiliges Zusammenraffen der zu dessen Bestehen nothdürftig erforderlichen Kenntnisse nicht zu sehr überhand nehmen würde. Die Jurisprudenz würde dadurch gar bald aus der Reihe der Wissenschaften sich verlieren, was doch sicherlich nicht zum Guten führen könnte. Den Wunsch, den Herr Evelt mit Möser ausspricht, es sollten die Kinder mit den zehn Geboten auch die Gebote ihres Landes lernen, und in allen Fällen, wo sie Recht nehmen, auch selbst das Urtheil fällen können, bleibt doch wohl nur ein Wunsch. Daß übrigens der bisherige Bildungsgang der richterlichen Beamten eine Aenderung erleiden muß, darin kann man Evelt nur beitreten. Diese Menge von Referendarien und unbesoldeten Assessoren, welche ohne alles Verdienst in langer Erwartung ihr bestes Vermögen verzehren müssen, um endlich zu einem Gehalte zu gelangen, welches doch nicht ausreicht ihrem Range gemäß zu leben, und welches nicht einmal dem Einkommen gleich steht, das in jedem ordentlichen Handlungshause einem Commis bei geringerer Dienstzeit geboten wird, hat sich längst als ein Uebelstand herausgestellt. Dieser Uebelstand, den Möser in seinen patriotischen Phantasien sehr geistreich schildert mag nicht wenig dazu beigetragen haben die Unzufriedenheit in den gebildeten Kreisen zu verbreiten und dort auch jenen von der Unsicherheit der Lebensexistenz genährten socialistischen Ideen Eingang zu verschaffen. Anerkannt ist es, daß der richterliche Stand in seinen jüngeren Mitgliedern vom Staate bisher nur eine sehr stiefmütterliche Berücksichtigung gefunden hat, und soll für die Zukunft bessere Fürsorge getroffen werden, so bietet hierzu die freie Advokatur, etwa nach bestandenem Referendar-Examen gewiß ein geeignetes Mittel. Das Staats-Examen ist gegenwärtig eine Einrichtung deren Erfolg mit den daran geknüpften Bedingungen nicht mehr in Verhältniß steht. Es entzieht dem Juristen für lange Zeit die Möglichkeit sich durch seine Kenntnisse die nöthigen Subsistenzmittel zu erwerben, wogegen es ihm nur die Aussicht bietet noch Jahre lang als unbesoldeter Assessor dem Staate dienen zu müssen, um so, wie der geistreiche Möser sagt, „die lange Reihe der Hagestolzen zu vermehren, die allen guten Töchtern mit ihrem Range in die Augen leuchten und doch ihre zärtlichen Wünsche, weil der Stand zuviel erfordert und das Gehalt noch fehlt, nicht befriedigen zu können." Wenn künftig auf Universitäten das Studium mehr auf die Kenntnisse des bestehenden Rechts gerichtet wird, wenn die ersten Examen, die allerdings geschärfter und umfassender gehalten werden müssen, frühzeitig abgemacht werden können und wenn dann eine unbeschränkte Bewegung in der Advocatur eröffnet wird, so würde dadurch die Stellung der Juristen dem konstitutionellen Leben mehr angepaßt und der gehässige Anstrich des Beamtenthums mehr verwischt werden. Bei der bevorstehenden Justizorganisation wird die Bildung der Justizbeamten gewiß eine besondere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Schwierig wird es aber seyn den gerechten Ansprüchen derer, welche bisher mit den größten Opfern allen Bedingungen Genüge geleistet haben, gehörig Rechnung zu tragen. Wenn Herr Evelt meint, daß zu Gunsten der unbesoldeten Assessoren die Ausnahme zu machen sey, daß sie nicht erst die Stufe der Friedensrichter zu betreten hätten, so läßt sich nicht absehen, wie dadurch geholfen seyn soll, zumal mit der beabsichtigten Aufhebung der kollegialischen Untergerichte eine Verminderung der höheren Stellen eintreten wird. In dem Programme des neuen Ministeriums ist bereits ausgesprochen, daß die anerkannten Vorzüge des rheinischen Gerichtsverfahrens verallgemeinert werden sollen. Wenn hiezu auch eben nicht das Institut der Friedensrichter, wie es jetzt besteht, gerechnet werden kann, so soll doch, dem Vernehmen nach, im Plane seyn, neben größeren Landgerichten, von denen eines auf 200,000 Seelen kommen würde, überall auf je 8000 Seelen Friedensgerichte einzuführen. Die kleinen kollegialischen Untergerichte würden so größtentheils wegfallen und das Institut der Einzelrichter mehr ausgedehnt werden. Ob diese Einrichtung, namentlich in Westfalen, wo die Untergerichte mit ihren Gerichtstagen und Commissionen sich sehr zweckmäßig erwiesen haben, einen Vorzug verdiene, wird vielseitig bezweifelt und ist diese Frage schon lange ein Gegenstand ernster Erwägung gewesen. Abgesehen davon daß die kollegialische Rechtspflege bei dem verwickelten Zustande unserer Gesetze als ein großer Vorzug anerkannt wird, so würde das Publikum ungern eine Einrichtung, welche den Betrieb der Rechtsangelegenheit leicht und bequem macht, mit einer solchen vertauschen, die ihm die Nothwendigkeit auflegt Recht und Rechtsbeistand in wichtigen Angelegenheiten in großer Entfernung mit Zeit und Kostenaufwand zu suchen. Bei der Wichtigkeit der Sache wäre es sehr zu wünschen, wenn, wie solches von Hrn. Evelt geschehen ist, vielseitig die Stimmen der Sachkundigen sich vernehmen ließen, damit bei der neuen Organisation die Bedürfnisse des Publikums mit Umsicht erwogen und das Zweckmäßige von dem Schädlichen scharf unterschieden würde.

D..—. 2. Juli. 1848.

Erwiederung.

Dem Einsender des „die Reform der Gymnasien" überschriebenen Artikes in der Beilage zu No. 160 d. Bl. räumen die Männer, welche die in der Beilage zu No. 154 d. Bl. mitgetheilte Adresse beschlossen, und die zahlreichen Unterzeichner derselben aus dem Gymnasial-Lehrerstande Westfalens so weit wir sie zu kennen die Ehre haben, gewiß sehr gern ein, daß, wie jedem Menschen, so auch ihnen noch ein „Zopf" anhängt. Sie tragen offenbar noch den alten Zopf der Religion, der Sitte, der Wissenschaft und der Vaterlandsliebe, die sich nie rühmt, genug gethan zu haben, sondern, wenn es Noth thut, bereit ist, immer noch mehr Opfer auf dem Altar niederzulegen," und sie scheinen, wenn auch den Einsender „ein gewisses unbehagliches Gefühl" dabei anwandelte, noch nicht gesonnen, ihren Zopf mit einem von Strauß, Bauer, Feuerbach und Daumer nagelneu und modern gedrehten zu vertauschen. Dessungeachtet darf aber der Einsender sich beruhigen in seiner Furcht, es möchten jene Männer den Gymnasien „den Weg zum Bessern vertreten." Sie sprechen in der Adresse die freudige Hoffnung aus, daß der neue Umschwung der Dinge auch den Gymnasien einen Aufschwung zu einem neuen schönen Leben geben werde und bezeichnen dann die Wurzeln dieses Lebens u. den Krebs, der bisher daran genagt hat, sich vorbehaltend, ein specielleres Signalement des Krebses der in Aussicht gestellten Schulmänner-Versammlung vorzulegen. Diese Versammlung wünschen sie, „lehnen die Aufforderung des Ministerii nicht ab," wie der Einsender unbegreiflicher Weise in der Adresse gelesen haben will, sondern fordern nur, daß dieselbe nicht nach der Bestimmung eines wenn auch freisinnigen Ministerii berufen, sondern durch die freie Wahl der Lehrer-Collegien zusammengesetzt werde, und wollen mit der vorzunehmenden Reorganisation nicht dem deutschen Volke und seinen Vertretern in Frankfurt und Berlin vorgreifen, weil sie sich nicht höher stellen mögen, als die Versammlung der Volksvertreter. Trotz dieser Bescheidenheit, die auch noch wohl ein Zipfel des alten Zopfes ist, sieht man aus der Adresse, daß sie sehr wohl wissen, wo der Schuh sie drückt, „daß die alte Büreaukratie ihnen doch so genehm" nicht ist, und daß sie in ihrer Stellung sich eben nicht behaglich fühlen, nur halten sie die Freiheit nicht für einen herumflatternden Lappen, von dem Jeder, der etwas davon haben wolle, sich jetzt beeilen müsse, einen Fetzen herunterzureißen.

Uns scheinen die wahren Interessen der Gymnasien und nicht minder auch die materiellen des Lehrstandes in der Adresse nicht schlecht und unwürdig vertreten zu seyn; indeß müssen wir gestehen, daß auch wir zweierlei darin vermissen, was zeitgemäß hätte aufgenommen werden sollen. — Das Erste ist eine ausdrückliche Desavouirung des alten Systems, und Krafthiebe gegen das alte Ministerium und seine Brutalität. So unzeitgemäß und unpatriotisch diese Unterlassungssünde aber auch ist, läßt sie sich doch entschuldigen, und man kann immerhin annehmen, die Concipienten und Unterzeichner machten keinen Anspruch darauf, bewundert zu werden in der Bravour jenes edlen, klugen Thieres, welches dem todten Löwen oder, wie vielleicht Andere sagen würden, Bären einen heldenmüthigen Schlag versetzte. — Das Zweite ist, daß in der Adresse der Sehnsucht nach einem „Range" und einer „Rangordnung" kein Ausdruck gegeben ist, was auch der Einsender richtig empfunden zu haben scheint. Hat man das vergessen? Wie kann man aber das vergessen, was zu den höchsten Gütern des Lebens gehört! Ist das wieder jene Bescheidenheit? Die muß man aber nicht übertreiben, wenn es sich um so wichtige, zeitgemäße Eroberungen handelt! Oder liegt darin am Ende ein gewisses Selbstbewußtseyn, und haben jene Männer gedacht, sie wollten den beneidenswerthen Rang und Titel der Bureaukratie zu der sie nun doch einmal nach ihrer Stellung nicht gehören, überlassen, sich selbst aber keinen andern Rang suchen, als die Achtung des Volkes, dem sie angehören? Es bleibt immer räthselhaft!

Zum Inserat in der Beilage zu Nro. 161 des Westf. Merkurs.

In der Stadtverordneten-Versammlung vom 26. pr. trat der Stadtverordnete Linde mit einer Beschwerde gegen die Redaktions-Commission auf. Der Vorsteher gestattete die Debatte über den beregten Gegenstand, der zum Tagezettel nicht angemeldet war, an jenem Abende, nachdem die Sitzungszeit verstrichen, nicht, und gab dem Linde anheim, seinen betreffenden Antrag nächstens einzubringen. Der wiederholten Vorstellung des Vorstehers ungeachtet begab der Stadtverordnete Linde sich des Wortes nicht, und rief durch heftige Aeußerungen die Repliken mehrer Mitglieder und somit eine tumultuarische Aufregung in der Versammlung hervor. Vorsteher, bemühet die Ruhe herzustellen, hat die in den ordnungswidrigen Privat-Diskussionen vorgefallenen Aeußerungen nicht beachtet und nicht gehört, und hat nur die Veranlassung der Störung und den aus dem leidenschaftlichen Redesturm an ihn gelangten Ruf einiger Mitglieder um Schutz gegen die Angriffe anderer amtlich registriet. Bemerkungen Einzelner über die Statt gehabten nicht offiziellen Diskussionen niederzuschreiben konnte nicht Aufgabe des Protokolls seyn.

Diese Erklärung zur Ehre der Wahrheit abzugeben hält der Vorsteher sich verpflichtet, gegenüber „der öffentlichen „Schreiberei des Linde, zu welcher ihn die Noth getrieben, und „mit welcher er sich als kompromittirter Stadtverordneter an das „volle Vertrauen seiner Mitbürger wendet und deren Urtheil „sich unterwirft." Statt des „Gefühls vergeblich um Gerechtigkeit gefleht zu haben, wie es der Sklave unter der Knute kann" hätte Hrn. Linde das Gefühl zu Hause geleiten sollen, daß er allein durch das Auflehnen gegen die Geschäfts-Ordnung die Scenen hervorgerufen, die ihn auch jetzt nur veranlassen, andere Mitglieder zu tadeln, den Vorsteher zurechtzuweisen, die Versammlung zu bedauern.

Es wäre rathsam, Herr Linde, der schon seit Jahren die nicht beneidenswerthen Vorsteher so eifrig verfolgt, betrachtete endlich sich selbst, wenn nicht mit einem „fast verachtenden" doch mit einem weniger selbstgefälligen Blicke.

Münster, den 6. Juli 1848. **F. Theissing.**

(Eine Erklärung des Herrn Stadtverordneten Riedick, welche der Redaktion zu spät zuging, um noch im heutigen Blatte Aufnahme finden zu können, folgt morgen.)

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

(2161) Mit dem 10. d. M. erfolgt von hier der Abgang

der zweiten Personenpost nach Warendorf um 7 Uhr Abends,

„ Personenpost nach Wesel um 11¾ Uhr Vormittags;

die Ankunft der Personenpost von Wesel um 6 Uhr 20 Min. Abends.

Münster, den 5. Juli 1848.

Ober-Postamt.

Herzberg.

Bekanntmachung.

(2162) Die Erndteferien bei dem unterzeichneten Gerichte beginnen am 20. Juli d. J. und dauern bis zum 27. August. Es sind während dieser Zeit die Klagen und Gesuche möglichst auf die schleunigen Sachen zu beschränken und die desfallsigen Eingaben mit der Bezeichnung „Ferial-Sache" zu versehen.

Münster, den 21. Juni 1848.

Königliches Land- und Stadtgericht.

Hülsmann.

Verkaufs-Anzeige.



(2163) Ein im hiesigen Kirchspiele belegenes und zu 11,100 Thlr. geschätztes Colonat, wozu außer den Gebäuden 90 Morgen Ackerland, 118 Morgen Weiden und Wiesen und 9 Morgen Holzgrund gehören, steht theilungshalber unter der Hand zu verkaufen.

Der Unterzeichnete ertheilt nähern Bescheid.

Ahlen, den 4. Juli 1848.

Wiedemhöver,
Justiz-Commissair und Notar.



Am Sonntag den 9. Juli,
Nachmittags,
Garten-Concert
und
Preisschießen
auf dem Schützenhofe
für Mitglieder u. Einfuhrba e.
(2164)

Am Dienstage den 11. Juli, des Morgens 9 Uhr, sollen auf dem Gute Farwick, Ksp. Hiltrup, sämmtliche Winterfrucht und die Sommerfrucht, soweit es der Reife halber geschehen kann, meistbietend verkauft werden.

Kauflustige wollen sich bei Hoffmann einfinden.

Aus Auftrag: Harling.
(2165. 2. a)

(2166) Herrenstraße No. 280 sind Zimmer mit oder ohne Möbel zu vermiethen.

Köln-Münster-Verein.
Gegenseitige Vieh-Versicherung zu festen Prämien.
Direction in Köln, Minoriten-Straße No. 12.

(2167) Am 14. d. M. hielt der Verwaltungs-Rath des Vereins unter dem Präsidium des Herrn Grafen von Fürstenberg-Stammheim im Directions-Locale seine dritte Sitzung, welche vom Director mit einer dem Gegenstande angemessenen und alle Anwesende von den Vortheilen der Gegenseitigkeit mit festen Prämien, von der das Princip des Vereins ausgeht, überzeugenden Ansprache eingeleitet wurde. Der Redner entwickelte das Gemeinnützige der neuen Anstalt mit gebührendem Danke gegen die höchsten Staatsbehörden, welche das Bedürfniß wie den Zweck des Vereins in jenem Sinne aufgefaßt und die Gesellschaft durch Bewilligung der Portofreiheit bereits den öffentlichen Wohlthätigkeits-Anstalten gleich gestellt haben.

Der Präsident trug darauf dem Verwaltungs-Rathe alle zur Tagesordnung gehörige Angelegenheiten vor, die sämmtlich mit Stimmeneinhelligkeit erledigt wurden. Namentlich wurden alle gedruckte Schemata, ein Gesuch um Erweiterung der Concessions-Ertheilung der Vieh-Versicherung für die übrigen Provinzen des Staates, die Rectification des Tarifs und die Verträge mit den Agenten der Gesellschaft genehmigt und außerdem vom Verwaltungs-Rath ein Gesuch an das hohe Staats-Ministerium um Genehmigung der Statuten einer Hagel-Assecuranz für sämmtliche Provinzen des Königreichs und die übrigen deutschen Bundesstaaten unterzeichnet.

Herr Freiherr von Carnap-Bornheim, Mitglied des Verwaltungs-Raths, erbot sich, die Statuten der Vieh-Versicherung zu weiterer Verbreitung an die Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, dessen Präsident er ist, austheilen zu lassen, wofür ihm alle Anwesende ihren lebhaftesten Dank zu erkennen gaben.

Vom Director des Vereins wurde hierauf dessen Bruder, der Assecuranz-General-Inspector, als Stellvertreter während der Abwesenheit des Ersteren, nebst den Haupt-Agenten dem Verwaltungs-Rathe vorgestellt.

Alle Anwesende waren in dem Gefühle vereinigt, daß jedes Mitglied vom Verwaltungs-Rathe seine Pflicht bei der Gestaltung des Vereins gewissenhaft erfüllt habe und auch ferner nach Kräften dahin zu wirken entschlossen sey, daß die Gesellschaft in kürzester Zeit die befriedigendsten Resultate ihrer Lebensthätigkeit an den Tag legen könne, und solche Stimme der Hoffnung, welche sich ungetheilt in der dritten Sitzung des Vereins unter den Anwesenden aussprach, mag demselben als ein günstiges Prognostikon dienen, womit er seine Geschäfte bereits begonnen hat.

Demnach werden sich alle Agenten aufgefordert fühlen und ihre ganze Thätigkeit entwickeln, um sofort alle Versicherungs-Anträge, die ihnen gemacht werden, an die Direction zu befördern, damit der Verein den in den Statuten von hoher Staatsbehörde aufgegebenen Versicherungswerth von 500,000 Thlr. in Rheinland und Westfalen nachzuweisen und damit sogleich ins Leben zu treten im Stande sey.

Man bittet alle Briefe und Zuschriften für den Verein unter der Adresse: „An die Direction des Köln-Münster-Vieh-Versicherungs-Vereins zu Köln, Minoriten-Straße No. 12", und mit der Bemerkung: „Angelegenheiten des Köln-Münster-Vieh-Versicherungs-Vereins," portofrei laut Cabinets-Ordre vom 11. Juli 1847 einsenden zu wollen.



(2168) Selterser, Emser Kränchen und Kessel, Heppinger, Homburger, Fachinger, Kissinger Rackorzy, Wildunger, Pyrmonter, Driburger, Marienbader Kreuz-, Eger Franzens-, Schles. Obersalz-, Saidschitzer, Püllnauer Bitter-Wasser empfiehlt in frischer Füllung

J. H. Schwick.

(2169) Rothenburg No. 36 steht eine angenehme Wohnung für eine stille Familie zu vermiethen, und kann gleich, wie auch den 1. November dieses Jahres bezogen werden.



(2170) Das Haus No. 201 Ludgeri-Straße ist vom 1. Nov. c. zu vermiethen.

Das Nähere zu erfragen Königs-Straße No. 219.

Im Verlage von J. H. Deiters in Münster ist eben erschienen:

Lateinische Grammatik
für
die unteren und mittleren Klassen der Gymnasien und ähnliche höhere Bildungsanstalten
von
Dr. L. Schipper,
Gymn.-Lehrer.
8. 21 Bogen. Preis 15 Sgr.



(2171) Frischer Korfsee-Laberdan und geweichter Stockfisch bei

F. G. Hoeter sen. im Drubbel.

In der Coppenrathschen Buch- und Kunsthandlung in Münster, bei F. Schöningh in Paderborn, so wie in der Nasseschen Buchhandlung in Soest ist vorräthig:

Dr. A. H. Bölker (Großherz. Crim.-Ger.-Actuar): Volksthümliche Vorbereitungsschule für die

Geschwornen-Richter

in Deutschland, um sie in kürzester Zeit auf den Standpunkt zu erheben, über den Anklagestand und über das Schuldig in Strafsachen mit möglichster Sicherheit zu entscheiden. — 72 Seiten. Duodez, geheftet. Weimar, Voigt. 7½ Sgr.

Nach dem Gesammtwillen der deutschen Nation steht die Einführung der Geschwornengerichte bevor, und es muß jeder tüchtige Staatsbürger darauf gefaßt seyn, als solcher gewählt zu werden. Es ist daher Zeit, daß man sich zu diesem Ehrenamte vorbereite. Die vorstehende zeitgemäße kleine Schrift macht es leicht, sich hierüber Grundsätze zu bilden, um ein richtiges Urtheil zu fällen und Justizmorden vorzubeugen.

Angekommene Fremde.

Im Münsterschen Hofe (C. Rölckens Nachfolger, A. Holcker.)
v. Roel, Dom.-Rath a. Dülmen. F. Driever, Ober-Rath a. Vechta. H. Driever, Assessor a. Oldenburg. A. Schmüking, Kaufm. a. Magdeburg.

Im König von England (Gerbaulet).
Frau Brüggemann a. Hopsten. Beenen a. Uerdingen, Spoer a. Apolda, Pilsticker a. Osnabrück, Gottschalk a. Crefeld, W. Rubens a. Borghorst, Jardon nebst Gemahlin a. Paderborn, Behring a. Hamburg, Liebel a. Würzburg, Brenner a. Hagen, A. de Boer a. Amsterdam, Kaufl.

Im Westfälischen Hofe. (Krapp)
Gerson, Hodrecker, a. Hamm; J. W. Randenbergh a. Rees, M. Kruse a. Wettringen, G. Hülsmann a. Rheine, H. Dickhausen a. Minden, Mayer, Particul. a. Köln.

Bei Renne,
Jennecke nebst Fam., Apotheker a. Freren. Wohle, Doctor a. Albersloh. Eckroth, Kaufm. a. Stadtlohn.

Bei Winkelsett.
Stern, Kaufm. a. Bockenheim. Brüggemann, Pharmazeut a. Beckum.

Bei Neuhaus.
Prinz a. Schermbeck, Mebus a. Strafserhoff, Kaufl.

Stand der Course, Geldspezien und Staatspapiere.

Berlin, 4. Juli 1848.				Preuß. Cour. Papier	Preuß. Cour. Geld
Amsterdam	250 Fl.	2	Mt.	142⅝	142⅛
Hamburg	300 Mk.	2	„	—	149⅝
London	1 L. St.	3	„	6 24⅝	—
Paris	300 Fr.	2	„	81⅓	—
Wien in 20 Xr.	150 Fl.	2	„	—	—
Augsburg	150 Fl.	2	„	—	101⅝
Leipz. 14Th.-F.	100 Thl.	8 Tage / 2 Mt.		— / —	— / —
Frkf. a. M. W.	100 Fl.	2	„	—	56 26
Petersburg	1 SRb.	3	Wch.	102¼	101⅛
Gold al marco				—	—
Friedrichsd'or				13⅝	13⅛
And. Goldmünzen à 5 Thlr.				13	12⅝
Disconto				—	5⅓
Staatsschuldscheine		3½ %		71¼	70⅝
Prämienscheine d. Seehandl.				85¼	84⅝
Berl. Stadt-Obl.		3½ %		—	—
Düsseld. Elb. Eisenb.		4	„	—	—
do. Prior.-Obl.		4	„	—	—
Rhein. Eisenb.		4	„	—	—
do. Prior.-Obl.		4	„	—	—

Marktpreise zu Münster
am 5. Juli 1848.

Gegenstand	Niedrigster Preis thlr.	sg.	pf.	Höchster Preis thlr.	sg.	pf.	Durchschnitts-Preis thlr.	sg.	pf.
	p. Preuß. Scheffel								
Weizen	1	22	6	1	25	—	1	23	9
Roggen	1	3	9	1	6	3	1	5	
Gerste	1	—	—	1	2	6	1	1	3
Erbsen, gelbe .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ graue .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Weiße Bohnen .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchweizen ..	—	—	—	—	—	—	1	5	—
Kartoffeln ...	—	18	—	—	21		—	19	6
Hafer	—	20	—	—	22	6	—	21	3

Zum Markt wurden gebracht und verkauft: Weizen 6 Malter, Roggen 115 Malt., Kartoffeln 12 Malter.

Druck und Verlag
der Coppenrath'schen Buch- u. Kunsthandl.
Verantwortl. Redacteur: J. Coppenrath.